

Bezugspreis

monatlich M.

in der Geschäftsstelle 9500.—
in den Ausgabestellen 9700.—
durch Zeitungsboten 10000.—
am Postamt 10000.—
ins Ausland 15000 poln. M. in
deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher:

2273, 3110.

Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postfachkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.

Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Polnische Regierung und deutsche Minderheit.

Daß die deutsche Minderheit in Polen von der polnischen Regierung Gerechtigkeit und Sachlichkeit zu erwarten berechtigt ist, wurde an dieser Stelle schon mehr als einmal ausgeführt. Wir erwarten aber noch mehr. Wir erwarten Wohlwollen. Die Regierung hat das Wohl der Bürger zu fördern, und zwar das Wohl aller Bürger ohne Ausnahme. Eine Regierung, die irgend eine Klasse von Bürgern benachteiligt, handelt doch wohl nicht ganz ihrer Bestimmung gemäß, und ob der Leiter einer Regierung, der einer bestimmten, national eigenständigen Klasse von Bürgern drohende Worte ins Gesicht schleudert, wie es Herr General Sikorski am 10. April in Posen für nötig hielt, ganz auf der Höhe steht, auf der er stehen sollte, darüber kann gestritten werden. Und erweckt schon die ganze Rede des Ministerpräsidenten Bedenken, so ganz besonders der Ausfall gegen das evangelische Konsistorium. Die Formfrage der Sprachkenntnis wird in den Vordergrund gestellt, und über das Sachliche an den Wünschen der Vertreter der evangelischen Kirche im ehemals preussischen Teilgebiet wird hinweggegangen.

Es ist außerordentlich bemerkenswert, daß der Herr Staatspräsident Wojciechowski es für angebracht hielt, in Dirschau in der vorigen Woche ganz andere Töne anzuschlagen, als der Ministerpräsident in Posen.

Herr Wojciechowski ließ sich von dem evangelischen Pfarrer Haackhausen in deutscher Sprache begrüßen und erwiderte polnisch, die Republik Polen sei eine Demokratie, deren Verfassung allen Konfessionen volle Freiheit garantiert, und diese Freiheit solle auch verwirklicht werden. Dem Zeitungsverleger Dr. Krull antwortete er ebenfalls, daß Polen eine demokratische Republik sei und daß darin die Garantie liege, daß alle Staatsbürger die gleichen Rechte genießen. Er hoffe, daß der Haß bald schwinden werde und die Gegensätze sich unter dem Zeichen der christlichen Nächstenliebe ausgleichen würden. So spricht ein Staatslenker, der sich seiner Verantwortung bewußt ist. Der Herr Staatspräsident hat freilich nicht die Macht, das wissen wir ganz genau, überall und in allen Zweigen der Verwaltung, den Forderungen der wahren Demokratie gegenüber den nationalen Minderheiten Geltung zu verschaffen, aber er hat wenigstens den guten Willen. Und das ist immerhin schon viel wert.

General Sikorski bei seinem Angriff auf die Deutschen und auf das Deutsche Reich hatte sich von verschiedenen Beweggründen leiten lassen. Besonders hat ihn wohl der französische militärische Einfluß voreingenommen gemacht, der schon im vorigen Jahre bei seinem Besuch in Frankreich und dann jetzt bei den Besuchen französischer Generale in Polen auf ihn einwirkte. Als Angehöriger einer deutschen Minderheit müssen wir, wie es allenthalben die deutschen Volksgenossen im Auslande tun, unser besonderes Augenmerk auf die Beziehungen richten, die unser Staat zum Deutschen Reich hat. Und da ist es tief zu beklagen, wenn die Einwirkung Frankreichs auch hier schädliche Einflüsse auf eine Stelle ausübt, die über solche Einflüsse erhaben sein sollte. Dr. Krull hat es in Dirschau mit vollem Rechte betont, daß es nicht angeht, außenpolitische Differenzen auf dem Rücken der deutschen Minderheit auszuspielen, die zur Gestaltung der auswärtigen Verhältnisse Polens nichts beitragen kann. Der zweite Beweggrund war wohl der, daß der Ministerpräsident sich der Posener Nationaldemokratie gefällig erweisen wollte, indem er sich im Rathaus als „Auchschavismus“ vorstellte. Der „Kurjer Poznański“ hatte schon vorbeugend erklärt, daß man keine Regierung haben wolle, die derartig laviert, und nach der Rede sprach er vom „Sieg der nationalen Idee“, behandelte aber Sikorski recht herablassend als endlich Befehlshaber und deutete an, daß er keinesfalls der Chef der erhofften neuen, echt polnischen Regierung sein werde.

Das Auftreten Sikorskis hat jedenfalls in den Kreisen der Linksparteien, deren Führer er ist, z. T. Bedenken hervorgerufen. In den Kreisen der Linken ist der Chauvinismus, von dem allerdings nicht alle Anhänger der Linksparteien ganz frei sind, nicht zu Hause und, wo er sich doch einmal zeigte, weit gemäßigter. Man gibt auch in diesen Kreisen nichts auf französische Einflüsse. Großes Aufsehen erregte es jetzt in Warschau, als eine Anzahl sozialistischer Führer öffentlich erklärte, daß ihre Namen ohne ihr Wissen unter den Aufruf des „Komitees zum Empfang des Marschalls Foch“ gesetzt seien und daß sie diesem Komitee völlig fern stünden. Die Bedenken der Linksparteien werden allem Anschein nach durch den Staatspräsidenten geteilt, der es für angebracht hielt, in Dirschau den Deutschen gegenüber zu zeigen, daß wenigstens der höchste Repräsentant der Staatsgewalt bemüht ist, Gerechtigkeit, Sachlichkeit und sogar etwas Wohlwollen den Staatsbürgern deutscher Abstammung entgegenzubringen.

Es zeigt sich immer mehr und mehr, daß die Posener Rathausrede Sikorskis eine Geste war, — eine Bewegung auf deren sofortige Wirkung es dem Redner ankam. Eine weitergehende Wirkung dieser Rede und ein Nutzen der Rede

für den Redner darf bezweifelt werden. Als der Herr Ministerpräsident in seinem ersten Exposé sich gegen die Juden gewandt hatte, erreichte er damit nichts anderes, als daß ein großer Teil der Juden zur Rechten hinüberwechselte. Die Deutschen wird er nun freilich durch seine Rede nicht ins Lager der Rechten treiben, denn die Deutschen in Polen stehen ohne Rücksicht auf Personen in ihrem eigenen Interesse fest auf Seiten der Linken im Lager der

polnischen Demokratie: der Chauvinismus der Rechten ist es ja, der sie in ihrem Volkstum und in ihrem Besitzstande bedroht. Für uns kann es daher taktisch keine andere Marschrichtung geben als diese: daß wir zusammengehen mit den Parteien, die gleich uns der Ueberzeugung sind, daß in einem demokratischen Staat die Regierung die Pflicht hat, allen Staatsbürgern mit gleichem Wohlwollen gegenüberzutreten.

Das deutsche Angebot: 30 Milliarden Goldmark.

Frankreichs Ablehnung: Bestehen auf 132 Milliarden.

Verhaftung Krupps v. Bohlen-Halbach. — Hohe Geldstrafen für die Direktoren der Heinrichshütte. — Neue Zechenbesetzungen. — Niederträchtige Behandlung der Verhafteten. — Zusammenarbeiten mit Verbrechergesindel. — Widerrechtlicher Schutz für Landesverräter.

Das deutsche Angebot ist jetzt veröffentlicht. Am Mittwoch wurde in den Hauptstädten Englands, Frankreichs, Belgiens, Italiens, der Vereinigten Staaten und Japans eine deutsche Note überreicht, die den Vorschlag macht, die weitere Gesamtverpflichtung Deutschlands zu finanziellen und Sachleistungen aus dem Vertrage von Versailles auf 30 Milliarden Goldmark festzusetzen, die durch Ausgabe von Anleihen auf den internationalen Geldmärkten aufzubringen wären. Als Gegenleistung verlangt Deutschland, daß die Einheit der Verwaltung für das Gesamtgebiet Deutschlands baldmöglichst wiederhergestellt und Deutschland die volle wirtschaftliche Gleichberechtigung gegeben wird. Deutschland ist zu jeder friedensfähigen Vereinbarung bereit. Ausgangspunkt der Verhandlungen muß sein, daß innerhalb kürzester Zeit das Ruhrgebiet geräumt und in den Rheinlanden vertragsmäßige Zustände wiederhergestellt, die verhafteten Deutschen in Freiheit gesetzt und den Ausgewiesenen ihre Wohnstätten und Aemter zurückgegeben werden.

Eine Antwort der Pariser Regierung auf den deutschen Vorschlag liegt noch nicht vor. Doch ist, nach den Äußerungen der französischen Presse zu urteilen, die Aussicht auf eine Annahme der deutschen Vorschläge gering. Frankreich wird dem deutschen Plan keinen eigenen entgegenstellen, sondern, wie es scheint, die glatte Anerkennung des Betrages von 132 Milliarden, wie er im Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 festgesetzt wurde, verlangen.

Die Reichsregierung hat die das deutsche Angebot enthaltende Note an die Entente Mittwoch mittag nicht nur in den europäischen Hauptstädten der Ententemächte, sondern auch in Washington und Tokio überreichen lassen. Die Note betont im Eingang, daß die Frage des Wiederaufbaues der wirtschaftlichen Gesundheit und des Friedens Europas nur auf dem Wege gegenseitiger Verständigung gelöst werden könne. Die im Widerspruch damit erfolgte Besetzung des Ruhrgebiets habe die Bevölkerung mit passivem Widerstand beantwortet. Die deutsche Regierung habe sich entschlossen, nochmals einen Lösungsversuch zu machen, ohne ihren Rechtsstandpunkt zu verlassen oder den passiven Widerstand aufzugeben, der fortgesetzt werden wird, bis die Räumung der über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete und die Wiederherstellung vertragsmäßiger Zustände in den Rheinlanden erreicht sind.

Die Note führt dann aus, daß es bei der gegenwärtigen Verfassung der deutschen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse nicht möglich ist, die Leistungsfähigkeit Deutschlands in festen endgültigen Ziffern abzuschätzen. Wegen dieser Unmöglichkeit muß jede Lösung einen elastischen Faktor enthalten. Größere Kapitalbeträge aus eigenen Mitteln könne Deutschland für die nächste Zeit nicht aufbringen und bedürfe deswegen auswärtiger Anleihen, deren Aufnahme die Wiederherstellung des deutschen Kredites zur Voraussetzung hat. Im Einklang mit den Grundgedanken ihres Planes für die Pariser Januar-Konferenz macht die deutsche Regierung daher folgende Vorschläge zum Reparationsproblem und den damit verbundenen politischen Fragen:

Die Gesamtverpflichtung Deutschlands zu finanziellen Sachleistungen aus dem Vertrage von Versailles wird auf 30 Milliarden Goldmark festgesetzt, die mit 20 Milliarden bis zum 1. Juli 1927, mit 5 Milliarden bis zum 1. Juli 1929 und mit 5 Milliarden bis zum 1. Juli 1931 durch Ausgabe von Anleihen zu normalen Bedingungen auf den internationalen Geldmärkten aufzubringen sind. Die ersten 20 Milliarden Goldmark werden sofort zur Zeichnung aufgelegt. Die Anleihezinsen bis zum 1. Juli 1927 werden aus dem Anleiheerlös entnommen und in einem von der Reparationskommission zu beauftragenden Fonds sichergestellt. Soweit die 20 Milliarden Goldmark bis zum 1. Juli 1927 nicht durch Anleihe aufgebracht werden können, sind sie von diesem Zeitpunkt an mit 5 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent zu tilgen. Falls die beiden Beträge von je 5 Milliarden Goldmark bis zu dem dafür vorgesehenen Termin im Anleihewege zu normalen Bedingungen nicht voll aufzubringen sind, soll eine unparteiische internationale Kommission darüber entscheiden, ob, wann und wie der nichtgedeckte Rest aufzubringen ist.

Nach den „Danz. Neue Nachr.“ ist die deutsche Regierung vor allem aus innerpolitischen Gründen veranlaßt worden, die Note abzugeben. Die Sozialdemokratie habe gewünscht, daß Deutschland mit einem Angebot hervortrete. Einen weiteren Anstoß haben nach dem Blatte die englischen Einflüsse gegeben. Allerdings kann niemand sagen, ob die Schultern der deutschen Wirtschaft stark genug sind, um dies Angebot zu tragen. Deutschland ist so nahe mit seiner Offerte an das herangekommen, was England für notwendig erklärte, daß nun auch England zum mindesten die moralische Verpflichtung hätte, sich dafür stark zu machen, daß auf dieser Grundlage der Versuch

eines Kompromisses gemacht wird. Freilich die Erfahrungen, die man mit England auf diesem Gebiet gemacht hat, sind nicht gerade erfreulich. Es besteht die Befürchtung, daß die Reichsregierung auch diesmal nur einem Manöver zum Opfer gefallen ist und auf ihrem Vorhaben sitzen bleibt, ohne etwas zu erreichen. In dieser Hinsicht ist die Note ein ziemlich bedenkliches Experiment. Immerhin wird sie innenpolitisch vorübergehend Luft schaffen, weil auch die Sozialdemokraten anerkennen müssen, daß die Regierung weiter nicht gehen konnte; ob sie nach außen hin helfen wird, bleibt abzuwarten.

Nach der „Dt. Allg. Ztg.“ kann schon heute gesagt werden, daß der deutsche Vorschlag ein Höchstangebot darstellt, wie es ein Unterlegener noch niemals in der Geschichte freiwillig gemacht hat. Der passive Widerstand im Ruhrgebiet geht mit voller Kraft weiter und darf durch die Note nicht im geringsten beeinträchtigt werden.

Wie stellt sich nun Frankreich zu diesem Angebot? Der Leser unserer Ruhrartikel während der letzten Wochen ist auf die Antwort vorbereitet: rein negativ, völlig ablehnend. Frankreich besteht auf seinem Schein, dem am 5. Mai 1921 haben die deutschen Unterhändler im Auftrage von Dr. Wirth eine Verpflichtung von 132 Milliarden unterschrieben. Die Anerkennung dieser Verpflichtung verlangt jetzt Frankreich von Deutschland, obgleich im Mai 1921 der Dollar 65 Mark, heute aber gegen 30000 Mark kostet, obgleich ferner durch die Ruhrbesetzung das Herz der deutschen Wirtschaft von Frankreich vorfälschlich gelähmt worden ist. Frankreich besteht auf der damaligen Verpflichtung Deutschlands, wie Schluß auf seinem Schein. Es verzichtet darauf, selbst nachdenken und Arbeit daran zu wenden, wie man die Schuld Deutschlands den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen entsprechend erträglich bemessen könne.

„Petit Journal“ stellt der Meinung von der Ausarbeitung eines neuen französisch-belgischen Reparationsplanes, der dem deutschen Plan entgegengesetzt werden könnte, ein formelles Dementi entgegen. Die französisch-belgischen Besprechungen, so heißt es, sind nur vorbereitender Natur. Die französischen Sachverständigen sind zwar wiederholt am Quai d'Orsay zusammengetreten, um eine Verständigung über die Grundlage des französischen Planes zu erzielen. Seitdem sich aber Barthou Anfang letzter Woche aus Paris entfernte, sei von dem Reparationsplan keine Rede mehr gewesen. Im Laufe der letzten Unterredung zwischen Poincaré und Barthou sei beschlossen worden, jede Verhandlung zwischen den französischen und belgischen Delegierten aufzugeben; denn das beste Mittel, jede Diskussion zu vermeiden, sei, daß Frankreich und Belgien erklärten, nur wenigstens von Deutschland die glatte Annahme der Schuld zu erwarten, wie sie der Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 festgesetzt habe, den Deutschland selbst unterzeichnet habe.

„Deuxième“ tadelt, daß Frankreich Deutschland keinen Plan gegenüberstellen könne. Der Quai d'Orsay habe es vielleicht nicht eilig, aber das französische Volk fange an, die Sache satt zu bekommen.

Die der Regierung nahestehende Presse setzt dagegen ihre Bemühungen fort, von vornherein gegen die zu erwartenden deutschen Vorschläge Stimmung zu machen. Hierzu bemerkt das „Petit Journal“: Es gibt bei uns eine Anzahl Leute, die für eine Politik des „alles oder nichts“ sind. Ihre Stimme wird im Auslande für die Stimme Frankreichs gehalten. So schließt sich der Kreis immer mehr, aus dem weder Frankreich noch Europa herauszutreten kann. Doch muß aus diesem Kreis herausgetreten werden. Frankreich hat es gewiß nicht eilig, seine Stellung aufzugeben, die es für sicher und wohl vom Rechtsstandpunkt wie der Rat nach für fest begründet hält. Es will nicht rasch einen „schlechten Frieden“ und ein „betrügerisches Abkommen“ abschließen. Aber man soll nicht behaupten, daß es nicht einen schnellen und guten Frieden liebt. Wenn ein solcher Friede möglich ist, so wäre es verhängnisvoll, wenn er aus psychologischen Irrtümern ständig verzögert würde.“ Das Blatt fügt hinzu, daß es in einem zweiten Artikel auf die Vorschläge des Herrn Poincaré vom 2. Januar, mit deren Hilfe man zu einer Verständigung in der Reparationsfrage gelangen könne, näher eingehen werde.

Das deutsche Angebot war das Resultat einer Besprechung der deutschen Regierung mit den Wirtschaftsführern. Den Parteiführern wurde erst das fertige Angebot übermittelt, und zwar im Laufe des Dienstags. Der Reichslandtags empfing um 10 Uhr vormittags die Vertreter der Sozialdemokraten, um 11 Uhr die der Deutschen Nationalen, um 12 Uhr die Parteivertreter der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft.

Frankreich wütet, ohne Rücksichtnahme auf den gefährlichen Stand der Dinge, ohne sich im geringsten um eine Besserung der politischen Atmosphäre Europas zu bemühen, weiter gegen das deutsche Volk, gegen alle Stände, gegen die deutsche Unabhängigkeit und Ehre. Durch Schandurteile und ganz und gar unrichtliche

Erst erscheint an allen Verlagen.

Anzeigenpreis:

f. d. Millimeterzeile in

Anzeigenteil innerhalb

Polens... 250.— M

Reklameteil 750.— M

Für Aufträge in deutscher Währung nach Kurs.

aus Deutschland

in deutscher Währung nach Kurs.

Verhalten befand Frankreich vor den Augen der Geschichte seinen Namen in einer Weise, die nicht wieder gut zu machen ist.

Ein neutraler Zeuge, Professor Sattler-Winterthur, schreibt, nachdem er sieben von einer längeren Studienreise im Ruhrgebiet zurückgekehrt ist: „Stets habe ich an den ritterlichen Sinn der französischen Nation einschließlich der belgischen geglaubt. Das Vorgehen der Okkupationsmächte sowohl im allbesetzten Gebiet wie namentlich an der Ruhr erschütterte aber diesen Glauben. Eine Besetzung gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung kann zwar nie reibungslos vor sich gehen. Zudem zählt jede bewaffnete Macht Elemente, deren Laten nicht verallgemeinert werden dürfen. Zeitungsberichte hatten mich darauf vorbereitet, daß da unten vieles vor sich gehe, was im Interesse des Glaubens an den fortschreitenden Sinn für Menschlichkeit und Gerechtigkeit hätte unterbleiben müssen. Aber die Wirklichkeit ist weit schlimmer als das, was ich erwartet hatte.“

Außer den gleich nach dem Essener Blutbad verhafteten vier Kruppdirektoren ist jetzt auch der oberste Chef der Firma Krupp, Herr Krupp von Bohlen und Halbach, am Dienstag in Essen von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet worden. Herr Krupp war schon früher zweimal mehrere Stunden lang von drei Franzosen verhört worden. Die dritte Vernehmung erreichte ihn in Berlin, wo er bei den Besprechungen mit dem Reichszentralrat anwesend war. Nach Empfang der Vorladung fuhr Herr Krupp sofort nach Essen zurück. Diesmal dauerte das Verhör nur kurze Zeit, dann wurde ihm erklärt, daß er verhaftet sei. Nach einem Pariser Blatt wird dem Verhafteten vorgeworfen, daß er das Heulen der Streiken nicht verhindert habe, obgleich er am Karfreitagabend in der Gussstahlfabrik anwesend gewesen sei. Die Anklagepunkte gegen den Chef der Kruppwerke und die Direktoren sind: Unterstützung eines Attentats gegen die Besatzungsgruppen und Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Die Untersuchung über das Essener Blutbad wurde von General Degoutte durch einen Tagesbefehl abgeschlossen, worin der General dem Deutnant, der auf die deutschen Arbeiter schließen ließ, für seine große Kaltblütigkeit seine Anerkennung ausdrückte. Er habe sich im Zustand gesetzmäßiger Notwehr befunden.

Aus ähnlichen Gründen wie die Kruppdirektoren wurden die Direktoren der Heinrichshütte vor das Kriegsgericht gezogen. Auch auf der Heinrichshütte waren am Karfreitagabend französische Truppen in Begleitung von zwei Ingenieuren erschienen. Der weitere Verlauf war ähnlich wie bei Krupp, nur daß die Soldaten nicht zum Schießen kamen, da die beiden Direktoren die Arbeiter beruhigten und die Ingenieure aus der Nähe begleiteten. Ferner hatte der Direktor Jäger auf einer Drahtseilbahn Kohlentransporte über die von den Franzosen gezogene Bollgrenze gehen lassen. Direktor Jäger wurde zu 100 Millionen Mark, Direktor Böllner zu 50 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Infolge der kürzlich beschlossenen Verringerung der Kohlsproduktion auf ein Fünftel der bisherigen Menge befehlen die Franzosen immer neue Kohlengruben. Wie die „Rheinisch-Westfälische Ztg.“ aus Neukirchen meldet, rücken sie in die Schächteanlagen „General Blumenthal 1 und 2“ und die Zeche „Neukirchen 1“ ein. Auf allen Becken stellten die Arbeiter die Arbeit ein. Die Franzosen sind mit den Vorbereitungen für die Abfuhr des auf diesen Becken liegenden Kohles beschäftigt. Wie das „Rölnner Tageblatt“ hört, befehlen die Franzosen am Sonntag auch die drei Braunkohlengruben Donatus, Völsar und Völsar-Kombodia bei Brühl an der Grenze des von den Engländern besetzten Gebietes zur Abfuhr von Kohle. Die Belegschaften der drei Gruben traten in den Aufstand. Es werden nur Notstandsarbeiten verrichtet.

Die deutsche Reichsfinanzverwaltung hat festgestellt, wie viel ihrer pflichttreuen Beamten in den Kreisen der französisch-belgischen Militärjustiz schmachten. Es befanden sich in verschiedenen einzelnen aufgeführten Gefängnissen 288 Finanzbeamte. Es wurden insgesamt 39 Jahre und 4 Monate Freiheitsstrafen und fast 63 Millionen Mark Geldstrafen, von denen 53 Millionen in 18½ Jahre Freiheitsstrafen umgewandelt werden können. Bekanntlich ist bei der Post und Eisenbahn die Zahl der widerrechtlich eingekerkerten und die Höhe der Verpflegungssummen noch weit größer. Diese ergreifenden Zahlen und Tatsachen sind ein Ehrenbrief für die deutschen Beamten und ein Schandbrief für die französische Nation.

Die Ausweisungen werden, wie bekannt, wegen der wichtigsten Gründe ausgesprochen. In Duer warnte der katholische Vikar Siele am Sonntag morgen in seiner Predigt die Zuhörer vor der Annäherung an die Franzosen. Der französische Divisionspater, der die Predigt angehört hatte, veranlaßte hierauf den

kommandierenden General, die Ausweisung des Geistlichen zu verfügen.

Die Behandlung der Gefangenen ist die denkbar gemeinste; es wird keine Rücksicht auf irgendwelche Pflichten des Anstandes und des Edelmuten genommen. In kleinlicher Weise benutzen die französischen Kreaturen die Gefangenschaft der deutschen Männer, um ihre Macht durch Quälereien, Schlägen und unwürdige Behandlung zu zeigen. Wie wir seinerzeit meldeten, war General von Mudra, der während des Krieges in den Argonnen zahlreiche Angriffe der Franzosen zurückwies, von den Eindringlingen eine Weile verhaftet und wurde dann ausgewiesen. Während seiner Haft wurde er wie ein Schwerverbrecher behandelt. Die Nahrung war Straflingskost, Wasser nur in ganz unzulänglicher Weise erreichbar, die Zelle starrte vor ekelhaftem Schmutz.

Kronreich sucht auf jede Weise zu verhindern, daß die deutschen Eisenbahner ihre Wohnung erhalten. Durch Hunger will man sie zwingen, unter dem Joch des französischen Militarismus zu dienen. Die in der Mainzer Eisenbahnhauptwerkstätte beschäftigten Schlosser Heinrich Marquardt und Johann Boedner hatten sich vor dem Militärgericht unter der Anklage der Beigünstigung und Verlängerung des Eisenbahnerstreiks durch Auszahlung von 43 Millionen Mark an freilebende Eisenbahner zu verantworten. Die französische Geheimpolizei fand bei der Durchsuchung der Wohnung des erkrankten Angeklagten eine Liste mit den Namen der Eisenbahner, an die die Auszahlung erfolgte. Ferner wurden 860000 Mark verheimlicht vorgefunden. Das Urteil gegen jeden der beiden lautete auf fünf Monate Gefängnis. Das Geld wurde weggenommen.

Besonders widerwärtig ist es, daß die Franzosen sich unter den deutschen Verbrechern Seltersheiler suchen. Leute, die wegen Mord, Ruppel, Urkundenfälschung und Sittlichkeitsverbrechen zu Zuchthaus verurteilt oder vor deutsche Gerichte geladen sind, werden von der Besatzungsbehörde im Rheinland und Saargebiet in Schutz genommen und für unantastbar erklärt. In der Gegend von Trier wurde ein Friseur namens Hammer, der vor ungefähr 6 Wochen einen Mord verübte, zum französischen Zuchthaus gemacht, und als die deutsche Staatsanwaltschaft ihn verhaften wollte, wurde ihr erklärt, daß Hammer in französischen Diensten stehe und ihm nichts geschehen dürfe. In Trier ist ein Kuppler und Bordellwirt Hubert Marzen der intimste Ratgeber der französischen Bezirksverwaltung und dem Bereiche der preussischen Justiz entzogen. Das Ansehen der französischen Belohnungen und Flugblätter in Trier besorgt unter bewaffnetem Schutz französischer Soldaten ein gewisser Nikolaus Schneider, der bereits mit 24 Jahren Zuchthaus und 3½ Jahren Gefängnis vorbestraft ist. Im Saargebiet wurde jetzt der von den Franzosen ernannte Direktor des Lehrerseminars in St. Wendel, ein gewisser Zell, der erste Vertrauensmann der Saarbrücker Regierung, wegen Verbrechens gegen § 175 zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt. An der Spitze des Landesrates für das Saargebiet wurde von den Franzosen Dr. Helmer gestellt, der erst kürzlich infolge heftiger Prozesse der Bevölkerung durch eine andere französische Kreatur ersetzt wurde. Dieser Dr. Helmer ist als politischer Hochstapler, Urkundenfälscher, Landesverräter entlarvt und wurde kürzlich in einem Verleumdungsprozeß des Weineids überführt. Somit glückt Frankreich in den besetzten Gebieten eine wahre Verbrecherkolonie und nimmt den Auswurf der Menschheit, das elendeste Verbrechergesindel, unter seinen Schutz, um es auf die armen Einwohner loszulassen. Es gibt Orte, deren ganze Bevölkerung vor dem Schreckensregiment solcher elender Gefellen zittert.

In besonders schamloser Weise griffen die Franzosen in die deutsche Gerichtsbarkeit ein, nachdem in Koblenz in der Nacht vom 9. zum 10. März durch eine erregte Volksmenge die dem Landesverräter Dr. Doeren (früher in Diensten der preussischen Justizverwaltung, jetzt Franzosenbildung) gehörige Druckerlei beschlagnahmt wurde. Ein Unterprimar des Koblenzer Gymnasiums wurde als vermeintlicher Mithäter festgenommen, nach kurzem Verhör aber wieder freigelassen. Jetzt wurde der 60 Jahre alte Amtsgerichtsrat Rapp wegen dieser Freilassung verhaftet und in das Gefängnis nach Zweibrücken geschafft. Der städtische Polizeikommissar Schuchart, der die polizeilichen Ermittlungen geleitet hatte, wurde ausgewiesen. Die Eltern von vier Gymnasialisten, die nach dem Vorfall das besetzte Gebiet verließen, wurden auf schwerste bedrückt und zum Teil ebenfalls ausgewiesen, weil sie ihre Söhne nicht zur Rückkehr und zur Bestellung der französischen Gerichte veranlaßten. Die deutsche Regierung hat jetzt in einer Note, die in Paris, London und Brüssel übergeben wurde, festgestellt, daß zu allen diesen Maßnahmen der Rheinlandkommission und den Besatzungsbehörden jeder Rechtstitel fehlt. Die Besitzer der Druckerlei sind deutsche Staatsangehörige, die Untersuchung der Vorfälle eine rein deutsche Angelegenheit. Die Verfolgung der Schuldigen nach Art. 3 des Rheinlandabkommens ausschließlich Sache der deutschen Polizei- und Gerichtsbehörden. Gegen Schluß der Note heißt es: „Die Gesamtheit der von der Internationalen Rheinlandkommission und den französischen Besatzungsbehörden im gegenseitigen Zusammenwirken vorgenom-

menen Maßnahmen zeigt die gegenwärtig im Rheinland herrschende Rechtslosigkeit in besonders greller Beleuchtung. Wenn es gilt, deutsche Landesverräter vor Schaden zu bewahren, kennen die Okkupationsmächte keine Hemmung. Dann hört jede Achtung vor der richterlichen Unabhängigkeit, jede Schonung vor den heiligsten Familienrechten auf.“

Angeichts eines derartigen Vorgehens der Franzosen muß sich das deutsche Volk nur immer fester im Widerstande zusammenschließen. Die Zurückweisung der deutschen Vorschläge durch Poincaré wird ohne Zweifel das deutsche Volk und besonders die Bevölkerung der besetzten Gebiete immer mehr im Entschlusse der unbedingten Abwehr bestärken.

Doch noch Feiern des 1. Mai im besetzten Gebiet.

Die Feiern des 1. Mai wurden im Ruhrgebiet im letzten Augenblick doch noch von den Franzosen gestatter. Sie verliefen in Essen ruhig und ohne Zwischenfall. Die demonstrierenden Massen der Arbeitererschaft forderten auf zahlreichen Schildern, die im Zuge mitgeführt wurden, Freiheit, Recht und Völkerverständigung. Französische Truppen mieden die Straßen. Gedächtnis französischer Militärsoldaten beobachteten die Mäße der Massen und warfen Propagandaschlagblätter herum. Auch in den übrigen Großstädten des Ruhrreviers fanden gleichartige Kundgebungen und Umzüge statt.

In Köln fand die Matinee unter großer Beteiligung statt. Drei lange Mäße bewegten sich aus dem Norden und Süden der Stadt wie aus dem rechtsrheinischen Gebiet unter Musikbegleitung zum Neumarkt, wo von neun Tribünen aus Reden über die Bedeutung des 1. Mai gehalten wurden.

Verbot des Vorwärts. Der „Vorwärts“ wurde in der französischen und belgischen Zone des allbesetzten Gebietes auf drei Monate verboten.

Französisches Vorgehen gegen die Kommunisten.

Der kommunistische Abgeordnete der französischen Kammer Marcel Cachin, der seit Anfang Januar mit mehreren anderen Kommunisten wegen Angriffs auf die innere und äußere Sicherheit des Staates in Untersuchungshaft sitzt, wird zusammen mit den übrigen Angeklagten nicht vor das Geschworenengericht kommen, sondern vor den Staatsgerichtshof. Sobald der Senatspräsident Doumergue, der gegenwärtig von Paris abwesend ist, zurückgekehrt sein wird, wird der Generalstaatsanwalt beim Appellationsgerichtshof der Untersuchungskommission die Akten überreichen. Der deutsche kommunistische Reichstagsabgeordnete Hillein, der schon 8 Wochen in Paris in Untersuchungshaft sitzt, wird ebenfalls vor den Staatsgerichtshof gestellt werden. Die Frage einer provisorischen Freilassung der in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten kann erst nach Rückkehr Doumergues in Erwägung gezogen werden.

Die in Duisburg erscheinende kommunistische „Arbeiterzeitung“ ist von der Besatzungsbehörde auf 8 Tage verboten worden.

Republik Polen.

Aus dem Senat.

In der Dienstagssitzung des Senats wurden folgende Beschlüsse ohne Änderungen angenommen. Das Gesetz zum Verkauf eines Eisenbahngrundstücks der Stadigemeinde Dirschau; die Neuerung zum Gesetz von der Erhebung der Depositionsteuer; das Gesetz von der Aufhebung der Kapital- und Rentensteuer (dieses Gesetz enthält die Bestimmung, die Steuer vom Erdböhl um 20 Prozent zu erhöhen); das Gesetz von der Garantieerstattung an den Staatsbankrott bis zur Summe von 2 Milliarden Mark als Hilfsanleihe für Rückwanderer aus Deutschland, kleine Industrielle und Kaufleute, sowie deren Familien- und Erzeugungsorganisationen; das Gesetz vom Erdböhl für die staatliche Mineralwasserfabrik in Trochobry.

Nach längerer Diskussion wurde das Gesetz von der staatlichen Industriesteuer angenommen. Alle Verbesserungen der Finanzhaushaltskommission mit Ausnahme einer Verbesserung zum § 9. Art. der freien Berufe zwingt, Einkommensteuern drüben zu fassen, wurde angenommen. Die Verbesserung der Rechtskommission zum § 9. Artikel über die Befreiung der freien Berufe von der Industrie- und Gewerbesteuer wird abgelehnt. Angenommen wird eine Verbesserung über die Erhöhung der Sätze bei der Berechnung der Industriesteuer von der Hausindustrie für die verfloßene Zeit. Der Senat lehnt die Verbesserung über die Pflicht einer Vorführung in polnischer Sprache ab. Angenommen wurde auch die Resolution des Senats Stenicki, in der der Finanzminister aufgefordert wird, eine selbständige Einkommensteuer für die freien Berufe auszuweisen, die gleichzeitiger Befreiung dieser Berufe von der Industrie- und Gewerbesteuer.

Der dreiteilige Staatshaushaltsplan.

Der vom Ministerrat angenommene Haushaltsentwurf für 1923 gerät, wie schon mitgeteilt wurde, in drei Teile.

Der erste umfaßt das Verwaltungsbudget (in den ordentlichen Einnahmen 687 835 Tausend Zloty, in den außerordentlichen

Sandwüsten reiten. Tiefste Einsamkeit um mich her, am nächtlichen Himmel das Kreuz des Südens flimmern, Todessehnen überall. Das denke ich mir schon.“

„Wir fühlen wieder einmal das gleiche“, erwiderte Rainer lebhaft. „Afrika hat auch mich stets geheimnisvoll gelockt. In Europa ist alles längst Gewordenes, und mich reizt das Werden. Ich weiß auch, daß ich noch einmal dahin gehe, wo mich meine Sehnsucht hingleit.“

„Und läßt Deine Schwester allein zurück.“

„Du trennst Dich ja doch nicht vom Wölfe“, neckte er, „und den können wir doch nicht im Kaffeetaal unterbringen. Vorläufig bin ich hier auch noch gebunden, muß die Kriegsakademie durchmachen und hoffe auf das Generallieutenantkommando. Wer weiß, wie es dann in der Welt aussieht, der politische Horizont wird immer dunkler.“

Schweigend, wie man es gern tut, wenn vollste Sympathie die Seelen verbindet und die sich begegnenden Blicke das Einverständnis gleicher Empfindungen verraten, ritten sie dem weißen Hause zu, das in der Glut der Mittagssonne mit geschlossenen Kolläden im Schmutz der roten Schlingrosen anmutig dalag.

IV.

Der Rittmeister von Diegeleben war schlechter Laune. Das kam zwar öfter vor, aber diesmal war er besonders schlechter Laune, und dann hatten alle Familienmitglieder nichts zu lachen. Es gab Ärger im Dienst, ganz unglückliche Dinge! In der Mutterschwadron war geprügelt worden, und zwar hatte der Rittmeisters rechte Hand, der vielerfahrene und erprobte Wachmeister Sinje, höchst eigenhändig geprügelt. Eine Anzeige beim Regimentsschultheiß hatte die betäubende Tatsache aufgedeckt, der Rittmeister mußte berichten. Obwohl er die Sache nur „blödsinniges Gewäsch“ benannte und von Sinjes Unschuld felsenfest überzeugt war, stellte es sich doch heraus, daß der Wachmeister wirklich an einem der Rekruten die Strafe der Züchtigung vollzogen hatte. Er leugnete es auch gar nicht und war nicht von seinem Unrecht zu überzeugen.

Fortsetzung folgt.

Frau Else.

Die Geschichte einer Ehe.

Von L. v. Rohrscheidt.

(14. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Du warst aber sehr elend und angegriffen, als ich herkam. Das stimmt unwillkürlich müde.“

„Alles überwunden!“ lachte sie heiter. „Ich grüble nur immer noch über das Rätsel, wie es kam, daß Mama und Hans-Otto plötzlich aufmerkham wurden. Sonst hieß es immer nur „Mim Dich zusammen.“ Wie schön ist es jetzt, auszuschlafen zu können! Früher ängstigte ich mich die ganze Nacht vor dem Klopfen: „Herr Rittmeister, es ist fünf Uhr.“ Dann nach wenig Minuten die donnernd wiederholte Mahnung: „Es ist fünf Minuten nach fünf.“ Nun mußte ich auch heraus, soviel Zeit wie er zum kalten Bad, brauchte ich zum Kaffeekochen. Das muß alles nach der Minute gehen. Jetzt dreh' ich mich auf die andere Seite und denke: „Klopf Du nur, greulicher Polterer, ich schlafe noch einmal.“ Himmlisch ist es!“

„Und für Mama ist es gar kein Opfer: sie steht immer so früh auf. Du solltest nur sehen, wie sie ihren Altesten bedient, mit welcher Sorgfalt jedes Brötchen gestrichen wird! Der Kaffee muß heiß sein, aber doch so temperiert, daß der hohe Herr sich nicht den Mund verbrennt, und auf das rinnende Sandhäuschen des Bierochens starrt sie, als wenn das Leben daran hinge.“

„O weh, mir Armen, wenn ich wieder im Drill bin,“ lachte Else. Sie sprang auf und schüttelte das weisseleine Reitleid, auf dem Blätter und Kiefernadeln lagen. „Ich kann es nicht so wichtig nehmen und treffe nie mit der erforderlichen mathematischen Genauigkeit den Grad der Eise in jeder Tasse.“

„Aber weshalb nimmt denn der erwachsene Mann nicht selber den Buder in seinen Kaffee?“

„Weil es die Pflicht der Frau ist, ihm die Mäße abzunehmen. Er hat Plage genug im Dienst, dafür ist er im Hause

unbeschränkter Herr, so eine Art Halbgott. Und die Götter ließen sich wahrscheinlich auch gern bedienen.“

Rainer schüttelte den Kopf. „Ich taue wirklich nicht zum Ehemann, auf solche Einfälle läme ich nie.“

Die glänzenden Augen seiner jungen Schwägerin ruhten voll auf ihm. „Deine Frau wird es einmal sehr gut haben, sie ist ein beneidenswertes Geschöpf.“

Ueber sein dunkles Gesicht zog eine leichte Rote. Was hatte die kleine Frau für wunderbare Augen! Wie ein geheimnisvoller Waldsee, über dessen spiegelnde Fläche Sonnenstrahlen und Gewitterschatten flogen.

„Jetzt reiten wir nach dem Übungsplatz“, bestimmte sie, „und durch den Springbrunnen. Lola muß die hohe Hürde springen.“

„Seute schon, zum ersten Male.“

„Ganz gewiß! Sie muß!“

In federndem Trab legten sie die weite Strecke in kurzer Zeit zurück. Vor dem Exerzierplatz sammelte Else das Pferd und ließ es vom Galopp anspringen. Die Stute schnaubte und drängte unruhig zur Seite, die Erinnerung an die gestrige Quälerei war noch zu frisch in ihrem Gedächtnis. Die Reiterin brauchte weder Sporn noch Peitsche, sie trieb das Pferd vorwärts und mit der Kraft des gesammelten Willens, die sie besaß. So oft es auch ausbrach, es mußte immer wieder heran. Die Klügere gibt nach, dachte Lola endlich verzweifelt und setzte über das hohe Hindernis mit einem gewaltsamen Sprunge, der eine weniger gewandte Reiterin sicher aus dem Sattel geschleudert hätte. Else gab jeder Bewegung nach, als ob sie mit dem Tiere verwachsen wäre; jetzt klopfte sie ihm lobend den Hals, noch einmal und immer wieder mußte sie die Hürde nehmen, zuletzt im langen, tadellos ruhigen Sprung.

„Bravo!“ sagte Rainer bewundernd, „das wird Dir so leicht niemand nachmachen. Aber diesen Tropfen wilden Reiterblutes hätte ich niemals in meiner sanften Schwester vermutet.“

„Und doch ist er vorhanden, schläft nur unter der Äsche. Weißt Du, was ich möchte? Tagelang allein in den afrikanischen

Die Uebervölkerung Moskaus.

Die Uebervölkerung Moskaus hat so katastrophale Dimensionen angenommen, daß das Wohnungsseind jeder Beschreibung spottet. Der Rat der Volkskommissare hat deshalb eine außerordentliche Kommission zur Entlastung Moskaus vorgebildet, bis zum 20. Mai d. J. eine Liste derjenigen Organisationen und Behörden aufzustellen, deren Verbleiben in Moskau nicht unbedingt notwendig ist. Alle diese Behörden sollen unverzüglich in andere Städte ausgewiesen werden. Man hofft, auf diese Weise das Wohnungsseind in Moskau etwas zu lindern. Der größte Teil der städtischen Behörden ist bisher noch immer in Privatwohnungen untergebracht. Infolgedessen müssen sich viele Familien mit einem einzigen Zimmer begnügen.

Ein Staatsverlag für nationale Minderheiten.

Der Staatsverlag des Allrussischen Volkskongresses wird (mit dem Sitz in Moskau) ein Staatsverlag für nationale Minderheiten gegründet, in dem das gesamte Verlagswesen der Minderheiten für russische Sprachen zusammengefaßt wird. Der Staatsverlag zerfällt, wie der Verlegerkatalog der „Rigischen Rundschau“ mitteilt, in zwei Hauptabteilungen: eine für die Völker des Ostens und eine für diejenigen des Westens.

Zeit das ein verspäteter Aprilscherz?

Russische Blätter melden: Die Sowjetregierung hat die Einrichtung der Orchesterdirigenten als undemokratisch (?) abgeschafft. Beethoven's „Eroica“ wurde in Moskau bereits von einem dirigentenlosen Orchester gespielt.

Von der auslandsdeutschen Presse.

50jährig-Jubiläum einer auslandsdeutschen Zeitung. Unter diesem Titel veröffentlicht die „Tägliche Volkszeitung“, St. Paul (Minnesota) anlässlich ihres 50jährigen Bestehens eine in vier Sektionen zerfallende reich illustrierte Jubiläumsausgabe, die in ihrem ganzen Inhalt die Pionierarbeit der Deutschen in Minnesota und einen wertvollen Beitrag zur Geschichte des Landes wie des Deutschentums auf amerikanischem Boden liefert. Deutschentum und deutsches Volk verdankt die Stadt, die um das Jahr 1820 gegründet, heute an Deutschen etwa ein Drittel ihrer Einwohnerzahl aufweist, ihr ungeheurer rasches Emporblühen auf dem Gebiete der Industrie wie auf allen Gebieten der Kultur. Als erster Deutscher landete in St. Paul 1849 Bartlett Presley, ein Badener, der sehr bald einer der bedeutendsten Bürger und wohlhabendsten Geschäftsleute wurde. Ihm folgten noch in demselben Jahre elf weitere Deutsche, und von da an nahm die Einwanderung Deutscher ständig zu. Interessante Daten über die alten, angesehenen Deutschen, die eine hervorragende Rolle in der Geschichte St. Pauls in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts spielten, bringt der erste Teil der Festnummer auf Grund einschlägiger Werte und hinterlassener Papiere; es folgen nicht minder interessante Ausführungen über die ältesten deutschen Vereine, deutsche Kirchen, den Aufschwung des deutschen Handels in St. Paul unter deutschem Einfluß, industrielle Erfolge deutscher Pioniere usw. Mit einem Bericht über das Deutsche Haus, dem Mittelpunkt der deutschen Vereine St. Pauls, beginnt der zweite Teil. Die etwa hundert deutschen Vereine und Logen haben ihr Heim in diesem Haus gefunden, das als Denkmal der Einigkeit der deutschsprachigen Bevölkerung im November 1921 seine glanzvolle Eröffnung fand. Anschließend finden sich längere Ausführungen über die einzelnen deutschen Vereine St. Pauls. Über bekannte deutsche Männer aus dem öffentlichen Leben der Stadt, Bürger, die sich um das Deutschamerikanertum verdient gemacht haben, führende Persönlichkeiten deutscher Abstammung bringt der dritte Teil, ausführliche Berichte mit Bildnissen neben interessanten Ausführungen über Werden und Wachsen, Kämpfe und Erfolg der Deutschen unter den Deutschen in Minnesota. Kulturhistorisch besonders wertvoll ist der Bericht über die Gründung der Stadt Neu-Ulm, ihre Zerstörung durch die Indianer im Jahre 1862 und ihren Wiederaufbau, wobei die wackeren deutschen Ansiedler eine bedeutende Rolle spielten. Die vierte Sektion beschäftigt den vielseitigen Inhalt der Jubiläumsausgabe mit einer Anekdote über den Präsidenten Garfield als feinerzogenen Kandidaten der Deutschen und einem historischen Rückblick auf die Lage des Deutschentums Amerikas vor hundert Jahren.

Deutsches Reich.

Die Maifeier in Berlin. Die Maifeier verlief in Berlin wie im ganzen Reich ruhig und ohne Zwischenfall. Kommunisten und Sozialdemokraten hatten ihre Sammelplätze gemeinschaftlich gewählt. Unter Mitführung von roten Fahnen marschierten große Scharen nach dem Lustgarten und nach der Reichsbahn im Zoologischen Garten. Hier mögen ca. 100 000, dort ca. 400 000 Personen anwesend gewesen sein. Auffällig war das Erscheinen besonders zahlreicher Frauen und Kinder. Am Gartenportal der Universität veranstaltete die „kommunistische Studentenfraktion“ einen roten Tag mit einer besonderen Kundgebung. Im Vorgarten sammelten sich politisch interessierte Studenten. Ein Kommunist hielt eine Ansprache, in der er die Berliner Universität als „Hochburg der Reaktion“ bezeichnete und mit den üblichen Schimpfereien auf das Deutschentum und mit einem „Hoch“ auf die Weltrevolution schloß. Als er darauf ausgelacht wurde, nahmen seine Genossen dies sehr übel, schwenkten Schirme und Stöcke und bedrohten die am Garten versammelten Studenten, die ihre Antwort nicht schuldig blieben.

Auch in München ruhiger Verlauf. Die sozialistischen Vereine und Gewerkschaften Münchens veranstalteten im Hirschgarten eine Maifeier, an der Tausende teilnahmen. Die Nationalsozialisten hatten im Hirschgarten eine Massenversammlung einberufen, in der ihr Führer Adolf Hitler sprach. Alles ist in der ruhigsten Weise verlaufen.

Aus aller Welt.

Noch heute ein Kaiserdenkmal in Böhmen. Wie die „Bohemia“ erzählt, hat die Stadtgemeinde Reichenberg jetzt von der politischen Landesverwaltung den Auftrag erhalten, das Kaiser Franz Josef-Denkmal innerhalb von 14 Tagen zu entfernen. Man sieht, die Tschechen haben mehr Geduld als die Polen. In Polen ist schon längst keine Möglichkeit mehr vorhanden, daß ein Denkmal eines preussischen Königs noch irgendwo bestünde.

Die ungarische Nationalversammlung hat sich bis auf den 23. Mai vertagt, nachdem Ministerpräsident Graf Bethlen darauf verwiesen hatte, daß er und der Finanzminister sich nach Paris zur Reparationskommission und dann nach London und Rom begeben werden.

Neue Radiostation in Estland. Die Aufstellung der Radiostation in Gapsal (Estland) ist beendet. Die neue Station wird mit ganz Europa in Verbindung stehen können. Außerdem wird in Gapsal noch eine kleine Radiostation für den Radioverkehr mit auf der Ostsee fahrenden Schiffen eingerichtet.

Weitere Sparmaßnahmen in Moskau. Wie der „Matin“ aus Rom meldet, wird Mussolini sämtliche Unterstaatssekretariate aufheben und sie durch Generalsekretariate ersetzen.

Gesellschaft den Ball bohottiert.“ — Den Sportklub „Poznanian“ schlägt man, und die „Kawiarina Biemianka“ meint man. Vgl. in „Pos. Tagebl.“ Nr. 99 den Leitartikel „Terror“ und den Anhang dazu.

Ueber die Mietseinkünfte.

steht der „Kurjer Pogn.“ in seiner Nr. 100 trübselige Betrachtungen an, indem er schreibt:

„Jetzt, wo nach langer Lagerung die Nobelle zum Mieterschutzgesetz endlich das Tageslicht erblickt, ist es wert, wenn auch nur beiläufig, die Frage der Mietseinkünfte zu erörtern, die durch das genannte Gesetz zur Entscheidung von Konflikten über Wohnungskündigungen und die Höhe der Mieten bezuhen sind. Diejenigen, die das Glück hatten, mit dem Mietseinkünftegesetz bekannt zu werden, müssen zugeben, daß die gegenwärtige Organisation dieser Einkünfte nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe steht, und daß sie deshalb im allgemeinen kein Vertrauen der interessierten Parteien genießen können. Der Gesetzgeber dachte, als er die Mietseinkünfte mit Vertretern der Hausbesitzer und der Mieter als Beistand einführte, daß die Entscheidung von Mietskonflikten durch Leute des Standes, dem die streitenden Parteien angehören, für beide Seiten zum Vorteil gereichen werde, da die Konflikte nicht nach trockenen Rechtsvorschriften, sondern in einer den praktischen Bedürfnissen entsprechenden Weise entschieden würden. Offenbar hat man aber vergessen, daß man dadurch, daß der eine Teil der Beiführer von den Hausbesitzern und der andere Teil von den Mietern gewählt wird, von vornherein die Würde des Gerichts untergräbt, das doch über Angelegenheiten, die die Beiführer indirekt angehen, besonders leicht, wo der Antagonismus zwischen diesen beiden Schichten der Bevölkerung verschärfte Kampfformen angenommen hat, unparteiisch entscheiden soll. Dem Urteil muß alle Parteilichkeit als Mittel der Gerechtigkeit fehlen. Das Volk hat recht, wenn es sagt, daß der von den Hausbesitzern gewählte Beiführer für den Hausbesitzer, und der Mieter für den Mieter stimmt. Die Stimmen dieser sich gegenseitig bekämpfenden Beiführer heben sich also auf, und der Vorsteher, der sehr selten ein fertiger Jurist ist, dafür aber sehr oft ein Laie, der vom Zivilrecht nicht viel versteht, entscheidet eigentlich den Streit, während die Beiführer nur eine kostbare Dekoration sind. Die Beiführer sind gar keine Richter, sondern nur Anwälte ihrer Parteien, und deshalb darf nicht der Stuhl hinter dem Nichter ihr Platz sein. Ich denke, daß die Mietangelegenheiten, die bisher den Mietseinkünfteämtern vorbehalten waren, vor die ordentlichen Gerichte gehören, vor die Kreisgerichte in erster Instanz und vor die Bezirksgerichte als zweite Instanz, da nur auf diese Weise die Bevölkerung die Gewißheit haben wird, daß in ihren Angelegenheiten ein Richter entscheidet, den zuverlässiges juristisches Wissen und Gewissen leiten.“

Der türkisch-französische Gegensatz.

Wie Neuter aus Konstantinopel meldet, hat der französische Geschäftsträger dem Vertreter der Regierung von Angora in Konstantinopel eine Mitteilung gemacht, in der die Zusammenziehung der türkischen Truppen an der syrischen Grenze erörtert und warnend auf die Folgen hingewiesen wird, die sich daraus ergeben könnten. Die Mitteilung besagt noch, Frankreich werde gezwungen sein, militärische Vorkehrungen zu treffen. Die Meldung beleuchtet treffend den heuchlerischen Charakter des französischen Vorgehens. Es ist bekannt, daß Frankreich durch erhebliche Verstärkung seiner Truppen in Syrien und durch Entsendung des General Weygand als Oberkommissar die türkische Regierung erst zu entsprechenden Gegenmaßnahmen veranlaßt hat.

General Pellé, der aus Paris zurückgekehrt ist, gab am 1. Mai zu Ehren Ismet Pascha ein Essen, das allerdings schon vor seiner Pariser Reise festgesetzt worden war. An das Essen schloß sich eine mehrstündige Unterredung, in der die beiden Bevollmächtigten die Gesamtheit der türkisch-französischen Streitfälle besprachen. Über diese Unterredung wird von den Beteiligten strengstes Schweigen beobachtet; es scheint aber, daß, wenn die Situation auch durch die Aussprache geklärt wurde, der Gegensatz noch nicht überwunden ist. Außerlich allerdings ist in der großen Erregung, die am Sonntag und Montag die Pariser Drohmeldungen über französische militärische Maßnahmen hervorriefen, heute eine gewisse Entspannung zu verzeichnen. Man sieht dies u. a. daran, daß Ismet Pascha die türkische Presse zur Mäßigung ersuchte und auch General Pellé den Pressevertretern beruhigende Erklärungen abgab. Nach seiner Unterredung mit Ismet Pascha hatte General Pellé eine längere Besprechung mit dem amerikanischen Vertreter Grew, während Ismet Pascha mit dem italienischen Delegierten Montagna konferierte.

England verlegt sein Flottenschwergewicht nach dem Stillen Ozean.

Ausbau von Singapore.

Im Zusammenhang mit dem Vorschlag der Admiralität, daß im Laufe der nächsten zehn Jahre in Singapore ein großes Dock gebaut werden soll, welches die großen Schlachtschiffe aufnehmen vermag, kam es im Unterhaus zu einer längeren Erörterung. Der Vertreter der Admiralität betonte die Bedeutung, die die Fahrstraße nach dem Osten für die Sicherheit der Dominions und den Schutz der britischen Interessen im Osten habe. Wenn man frage, gegen wen eigentlich gekämpft werden solle, so könne er nur erwidern: gegen niemand. Die Errichtung eines Flottenstützpunktes in Singapore sei lediglich eine Sicherung.

Auf die geäußerte Kritik erwiderte Amerly, die Errichtung eines Flottenstützpunktes in Singapore bedeute keine Verhöhnung des Völkerbundes und auch keine Umgehung des Washingtoner Abkommens. Von einer Drohung gegen Japan sei keine Rede, ebenso wenig davon, daß man erwarte, die Beziehungen zwischen England und Japan oder zwischen England und einer anderen Großmacht würden gespannt werden. Im Zusammenhang mit der Verminderung der britischen Flotte sei es wichtig, daß die verbleibenden Streitkräfte frei und beweglich blieben. Es liege keine neue Strategie vor.

Amerly sagte noch: „Wir werden im Verlaufe vieler Jahre nicht imstande sein, eine Schlachtschiff-Flotte im Stillen Ozean oder auch nur in Singapore zu stationieren. In allen diesen Gewässern sind wir hilflos und müssen uns auf den guten Willen einer befreundeten Macht verlassen. Aber keine Macht, die Selbstachtung besitzt, kann es sich leisten, für unbegrenzte Zeit in der Frage ihrer Sicherheiten und sogar ihrer Existenz von einer anderen Macht abhängig zu sein.“

„Daily Express“ erklärt in der Erklärung des Ersten Lords der Admiralität eine wichtige Änderung der britischen Flottenpolitik und eine Verlegung des Flottenschwergewichts von der Nordsee nach dem Fernen Osten. Singapore solle die große Flottenbasis der Zukunft werden. Diese Änderung sei die natürliche Folge des Aufhörens der deutschen Bedrohung.

Das Chesterabkommen unterzeichnet.

Oberst Clayton Kennedy unterzeichnete am 29. April in Angora im Namen des Admirals Chester mit Gwsi Bey, dem Kommissar für öffentliche Arbeiten, eine Vereinbarung, die die Chester-Konzessionen für die Vereinigten Staaten (über Eisenbahnbauten und Bergwerksanlagen in Kleinasien) enthält.

25 808 Tausend Blom, in den ordentlichen Ausgaben 1 062 766 Tausend Blom, in den außerordentlichen 332 388 Tausend Blom). Den zweiten Teil bilden die Staatsunternehmen (in den ordentlichen Einkünften 91 511 Tausend Blom, in den außerordentlichen 7789 Tausend Blom, in den ordentlichen Ausgaben 120 622 Tausend Blom, in den außerordentlichen Ausgaben 219 508 Tausend Blom).

Der dritte Teil (Monopole) steht in den ordentlichen Einkünften 59 124 Tausend Blom, in den außerordentlichen Ausgaben 2788 Tausend Blom. Der Haushaltsdefizit betrug 1923 durch die Vermögenssteuer, teils durch innere und äußere Anleihen gedeckt werden.

Eine Sitzung des Staatseisenbahnrates.

Am Sonnabend, den 5. Mai, statt. Es sollen besprochen werden: Der Gesetzentwurf über die Erweiterung des Eisenbahnnetzes in Polen, die Frage der Konzessionierung privater Zufahrtseisenbahnen, neue Bestimmungen für die Eisenbahndirektionen und viele Organisationsfragen.

Verurteilung eines deutschen Redakteurs.

Vor dem Kreisgericht in Kattowich fand am Montag dieser Woche ein Prozeß gegen den Schriftleiter der „Kattowicher Zeitung“, H. C. Wismar, statt. Es handelte sich um einen Beschuldigung über die Verhaftung eines gewissen Josef Nowol aus Stanislaw, von dem gesagt war, er wäre im Gerichtsgefängnis in Kattowich inhaftiert worden. Auch hätten die Ausheber Nowol gedroht, er würde aus dem Gefängnis von den Insurgenten herausgeholt und erschossen werden. Die Staatsanwaltschaft sah darin eine schwere Verleumdung und Verächtlichmachung der Kattowicher Gerichtsbeamten. Es wurden fünf Gefangenenaufseher dieserhalb verurteilt. Sie befanden sich unter Eid, daß sie den Nowol nicht geschlagen hätten.

In der Verhandlung wurde vom Verhandlungsleiter ausdrücklich festgesetzt, daß erwiesen sei, Nowol sei bereits mit seinen Verleumdungen in das Gerichtsgefängnis (durch die Polizei) eingeliefert worden. Der Angeklagte erklärte, daß die „Kattowicher Zeitung“ als ein polenfeindliches Blatt bekannt sei, das bisher noch nie den polnischen Behörden irgend ein Lob ausgesprochen hat, vielmehr stets darauf ausgegangen ist, in der schärfsten und schärfsten Weise die polnischen Behörden verächtlich zu machen. Es müsse wegen der Verleumdung und Verächtlichmachung der Kattowicher Gerichtsbeamten eine schwere Strafe, die der „Kattowicher Zeitung“ zur Warnung dienen soll, eintreten. Er beantragte, daß gegen den Angeklagten einen Monat Gefängnis verhängt werde.

Der Angeklagte trat der Behauptung des Angeklagten entgegen, gerade die „Kattowicher Zeitung“ habe sich stets im polenfeindlichen Sinne betätigt und sei als ein Organ bekannt, das die polnischen Behörden immer wieder verächtlich gemacht habe, mit aller Entschiedenheit entgegen und erklärte, daß die „Kattowicher Zeitung“ in erster Linie ein Wirtschaftsorgan sei, das den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschen, die aufeinander angewiesen sind, dienen will. Der Angeklagte sei als redaktioneller Leiter der Zeitung für eine Verleumdungspolitik und für die Verächtlichmachung der nationalen Gegensätze eingetreten. Als geborener Oberkommissar habe er sich zur Lebensaufgabe gemacht, auf die beiden Nationalitäten in Oberbeslesien verständigend zu wirken. Wo Unrecht geschieht, müsse dagegen Front gemacht werden. Was Recht ist, muß Recht bleiben. Deshalb tritt auch die „K.“ für die garantierten Rechte der deutschen Minderheit ein, was manchem natürlich ein Dorn im Auge ist. Im übrigen wies er darauf hin, daß er trotz 12jähriger journalistischer Praxis noch unbedrängt sei, was ein Beweis dafür sei, daß er als Redakteur immer vorbildlich gehandelt habe. Auch bei Veröffentlichung dieses Artikels lag ihm die Verächtlichmachung der polnischen Beamten gänzlich fern. Im Gegenteil, er habe hier ausgleichend wirken wollen, denn er habe an die Aussage des Nowol folgende Schlussbemerkungen geknüpft, die für die Gerichtsverhandlung von äußerster Wichtigkeit seien. Nämlich:

„Wir hoffen, daß dieser Bericht in Deutsch-Oberbeslesien nicht Gelegenheitsbau bieten wird, gegen die gesamte polenfeindliche Presse loszusetzen, die sich bereits vielfach auf bewährt hat, natürlich von Vorfällen, die sich hier oder dort ereignet haben und worüber nur der Einzelne verantwortlich gemacht werden muß, abgesehen.“

Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten auf eine Geldstrafe in Höhe von 40 000 Mark.

Das Verbot der „Lodger Fr. Presse“.

Von dem in Nr. 100 des „Posener Tagebl.“ bereits berichtet wurde, daß durch den Regierungskommissar der Stadt St. Paul, und zwar infolge eines Auftrages des Dr. C. v. Wehrens unter der Überschrift „Eine merkwürdige Reihe des Staatspräsidenten, Mäxeritaktion der deutschen und russischen Grenzgebiete.“ In diesem Aufsatz wurde eine Verletzung der §§ 263 und 129 des Strafgesetzbuches gesehen. Die Nummer 99 der „Lodger Fr. Presse“, die den betreffenden Aufsatz enthielt, wurde beschlagnahmt. Die Zeitung darf bis zur gerichtlichen Entscheidung nicht erscheinen.

Von der polnischen Presse.

Die Macht des „Kurjer Pognanski“.

Ein aufmerksamer Beobachter schreibt der Schriftleitung des „Pos. Tagebl.“:

„Neulich brachte der „Kurjer“ eine Aufschrift zum Ausdruck, die mit der Verleumdung der Hauptwache (als Vorwand natürlich) beschäftigt und im Zusammenhang damit den Wunsch zum Ausdruck brachte, daß wenn Marschall Poch auch die Hauptwache befehligen sollte, die beteiligten Persönlichkeiten so manövrieren könnten, daß der Marschall immer nur die Hauptwache vor sich habe, denn, sollte er ein militärisches „Recht“ machen, dann könnte etwas Schreckliches geschehen: er könnte an der polnischen Wache noch immer die deutsche Aufschrift „Wache“ lesen. Da ich vom Alten Markt immer die Straßenbahn benutze und meist darauf warten muß, halte ich Zeit, mir das Bild der Wache anzusehen und wirklich: hoch oben über den Fenstern des 2. Stocks unter einem Balkon sind auf schwarzem Grund in gelben Buchstaben die Worte zu lesen „Wache“ — Wache! unten, über dem Eingang, ist die ganze Wache nur polnisch. Ich war nun neugierig, was Herr Daleski (so heißt der Besitzer) nun wird. Und wirklich — auch er ist nach Gapsal gegangen. Als ich heute (Freitag) früh wieder auf der Straßenbahn wartete, bemerkte ich, daß die Metallbuchstaben entfernt und nur die buntfarbenen Notizen noch zu sehen sind. Was weiter geschehen wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls ist Polen vorläufig gerettet und der Dollar wird auf mindestens 60 000 fallen.“

Wie schrecklich: ein jüdischer Kapellmeister!

„Kurjer Pogn.“, Nr. 101. Überschrift: „Tanzet, wie der Jude euch aufspielt!“ Wortlaut:

„Der polnische Sportklub „Poznanian“ hat zum Frühjahrsspiel das jüdische Schwargmann-Orchester verpflichtet. Auf den Einladungen trägt der jüdische Dirigent aus der Kawiarina Biemianka den Titel „Professor“. Was ist das für ein Professor, wie er selbst sagt, tschechischer Nationalität? Dieser „Professor“ erzählt, daß er sich taufen lassen will; denn er beschuldigt hier etwas zu kaufen. Brauchen wir denn ein jüdisches Orchester? Es paßt am besten nach Volschewien. Wir in Polen wollen nicht nach dem Juden tanzen, was uns ein Jude vorspielt. Der Vorstand der „Poznanian“ mag sich nicht wundern, wenn die polnische

Maschinen-
Motoren-
Zylinder-
Automobil-
Maschinen-
Wagen-
Heisslager-
Klingerit-
Asbest-
Gummi-
Wasserstands-
Reflexions-
Vasen-

Oele
Fette
Platten
Gläser, Draht-Seile.

Leder-
Kameelhaar-
Baumwoll-
Hanf-
Hoch- und
Niederdruck-
Gummi-
Hanf-
Spiral-
Treibriemen
Packungen
Schläuche

Kieselguhr-Wärmeschutzmasse, Putzwolle,
Tropfölaparate, Stauflbüchsen etc.

offerieren

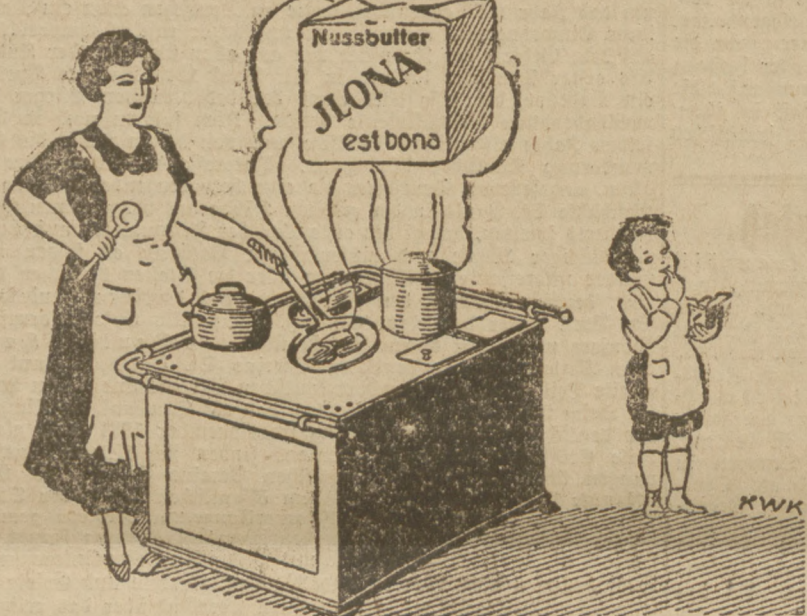
[6884]

Sander & Brathuhn, Posen

ul. Seweryna Mielżyńskiego 23 (Bauhütte).
Telephon 4019. Telephon 4019.

KOCHET, BACKET, BRATEI
NUR MIT DER BEKANNTEN NUSSBUTTER

"JLONA"



REPRESENTANT FÜR POZNAN UND EHEM. PROVINZ

Z. ANTONIEWICZ

UL. RÓŻANA 4^a TELEF. 3880.

Fabryka maszyn „Herkules“

Tow. z ogr. por.,
Gniezno.

Telegr.-Adresse:
Herkules, Gniezno.

Telephon:
Gniezno 26.



**Spezialfabrik
für
Sägewerks-
und
Holzbearbeitungs-
Maschinen**

[551]

in erstklassiger Ausführung auf Kugellagern.

Unser Stand auf dem Targ Poznański
befindet sich in der neuen
Halle beim Oberschl. Turm.

Wohnungen

Chepaar

(3 Jahre wohnungslos)
bitter Edeldeutende um Über-
lassung einer

1-3-Zimmer-Wohnung
oder zwei leere Zimmer mit
Küchenbenutzung. Bescheidene
Bergünstigung und hohe Miete.
Offerten unter R 6934 an
die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ein möbl. Zimmer

an ruh. Herrn von sofort
zu verm. Dufowska 23 III I.

4-, 3- oder 2-Zimmer-Wohnung,

mit oder ohne Möbel, auch
durch Vermietung zu mieten
ge sucht. Offerten unter 6954
an die Geschäftsstelle d. Bl.

Stellenangebote

**Rechnungs-
führer,**

ledig 30 Jahre alt, der deut-
schen und polnischen Sprache
in Wort und Schrift mächtig,
Landwirtsch. u. Bäckerfach
verraut, längere Zeit in lehr-
Stellung als Selbstständiger
tätig, sucht zum 1. Juli d. J.

passende Stellung.
Geht. Offerten unter R. 6943
an die Geschäftsstelle d. Bl., ern

Stud. theol.,

des Poln. mächtig, sucht
**Hauslehrer-
stelle.**

(6950)

am liebsten aufs Land.

G. fl. Angebote erbeten an
U. Meyer, Lejno (Elisa),
Reiterstraße Nr. 76.

**Brennerei-
Verwalter,**

verheiratet, mit kleiner Fa-
milie, der polnischen Sprache
in Wort und Schrift mächtig,
besitzt erhalt. Zeugnisse von
langjährigen Dienststellungen,
ist auch vertraut mit der Ver-
waltung von Kasse, Kassen und
elektrischen Anlagen.

Sucht Stellung

vom 1. Juli oder auch
1. Oktober d. J.
Geht. Anstellungsschreiben
bitte unter J. 6944 an die
Geschäftsstelle dieses Blattes
zu richten.

Ältere Stellmacher

für Aufschwagenkasten und Räder
finden sofort gut bezahlte Arbeit. [646]
Wagenfabrik J. Martin, Gniezno (Gnefen).

Zum sofort. Eintritt suche ich

für 2 Kinder, Mädchen 9, Knabe 8 Jahre alt, evangelische
Hauslehrerin

oder Erzieherin. Zeugnisse mit Bild und
Gehaltsanforderungen an
Frau Rudolph, Dom, Perzów, pow. Ko. no.

Buchhalterin, möglichst in Bier-
brauerei tätig gew. fen.
ge sucht. Off. unter
6932 an die Ge-
schäftsstelle d. Blattes erbeten.

Stubenmädchen

ge sucht; ehe lich und fleißig Bedingung.
Zemsz, Warszawa.

Mel. ungen mit Zeugnissen am Freitag abend 7-8 Uhr bei
Leon Adamczewski,
Poznań, Głogowska 76.

Ich suche

[6945]

perfekte Stöchin, evang.

Marie v. Schweinichen, Hilarów, pow. Jarocin.

Amerika

Kino Apollo

i. Polen!

Grösstes Unternehmen am Platze!

Täglich

Ein Triumph der Lichtspielkunst

Ist unsere singende und sprechende
musikalische Filmoperette in 5 Akten

Miss Venus

(Das Kussverbot)

mit **Ada Svedin und Willy Kayser.**

Die deutsche Presse in Amerika: Die Filmoperette dürfte
berufen sein, sich im Fluge die Welt zu erobern, denn
sie bringt eine ideal zu nennende Lösung des Problems
des musikalischen Films und gewährleistet abgesehen
von dieser rein künstlerischen Bedeutung eine anre-
gende Unterhaltung und Zerstreuung.

Neuheit!

eine
wirkliche

Neuheit!

Aufführung 6 1/2 u. 8 1/2. Sonntags u.
Feiertags ab 4 1/2

**Junges, gebildetes
Mädchen**

aus best. Familie möchte gern
den Haushalt auf-
grö. Gut erlernen
ohne gegenseitige Vergütung.
Familienan schluß erwünscht.
Angebote sind zu richten
unter M. L. 6942 an die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag, den 4. 5., abends 7 1/2 Uhr: „Marja“, Oper
von D. Dornst.
Sonntags, den 5. 5., abends 7 1/2 Uhr: „Fank“,
Oper von Gounod. (Gastspiel Jadow. Debiat).
den 6. 5., abends 7 1/2 Uhr: „Die Ent-
führung aus dem Serail“, Komische Oper
von W. a. r. (Gastspiel Jadow. Debiat).
Billetvorverkauf im Zigarrenge schäft des Herrn Górski
im Hotel Monopol. Ede ul. Kredy und Sew. Mielżyńskiego.

Chiffre-Angebote

(Offertenbriefe),
denen das Briefporto mit
500.— Mark
nicht beigelegt ist, können nicht weiter-
geandt werden.

Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Wir bieten antiquarisch
in gutem Zustande zum staun-
an:

**Methode Rutin,
Deutsch.**

Selbstunterrichtsbrie fe von
Prof. Dr. Hellwig, geb.

**Methode Rutin,
Geschichte.**

Selbstunterrichtsbrie fe v. Ober-
lehrer Dr. Karl Wersche.

**Posener Buchdruckerei
u. Verlagsanstalt T. A.**

Abt. Verlagsbuchhandlg.
Poznań,

ul. Zwierzyńska 6.

**1 kompletter weißer
Kachel-Herd**

billig zu verkaufen.
Sz. Nowak, Denziger, Gniezno
(Gnefen), ul. Dalkowska 20.

Wirtschaftsbeamter, 28 J. alt, unverh., kath., bes.
po'n. u. deutsch. Sprache in Wort und Schrift mächtig, sucht
vom 1. Juli Stellung als

Inspektor

unter Leitung des Chefs. Geht. Angeb. unter B. Nr. 6919
an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.



Urbin
Der gute
Schreiber

Hersteller: Urbin-Werke, G. m. b. H.
Danzig, am Troyl.
Vertreter: M. Tita, Poznań,
Grochowe Łaki 4.

ARTUR GAEDE

Sprit-u. Likörfabrik

Poznań: Toruń: Działdowo

Telefon 4127 und 5282

Telefon 4127 und 5282

Centrale: Poznań, św. Wojciech 29/30

Estlands Wirtschaftslage zu Beginn 1923.

Die Republik Estland ist einsehend, wie alle baltischen Staaten, gut organisiert. Die Münden des Krieges sind vernarrt, eine Werte schaffende Produktion hat eingeleitet.

Trotzdem rund 70 Prozent der Bevölkerung Estlands zu den Randbewohnern gehören und Ackerbau treiben, und Estland im allgemeinen unter die Agrarstaaten rangiert, so ist doch auch seine Industrie recht stark entwickelt und arbeitet nicht nur zur Versorgung des Innens, sondern auch des Auslandes. Die estländische Industrie ist nicht nur existenz-, sondern auch entwickelungsfähig.

Der Hauptzweig des estländischen Wirtschaftslebens ist jedoch die Landwirtschaft, welche jetzt ihre vorkriegszeitliche Höhe bereits wieder erreicht hat. Gleichzeitig mit der Vergrößerung der Ausflächfläche ist auch die Ernte stark gestiegen. Ungeachtet der allgemeinen Missernte des Jahres 1920 und der teilweisen des Jahres 1922 ist die Ernte der Hauptgetreide, wie Sommer- und Winterroggen, Gerste und Hafer in den letzten drei Jahren 1920—1922 um 9,2 Prozent im Vergleich mit der Ernte der vorhergehenden drei Jahre gestiegen.

1921 sind ausgeführt worden: Roggen 326 000 Pud, Hafer 12 500 Pud, Kartoffeln 1 944 477 Pud; in der ersten Hälfte des Jahres 1922 gelangten zur Ausfuhr Roggen — in gemahlenem und ungemahlenem Zustande — 895 500 Pud, Hafer 817 800 Pud, Gerste und andere Getreide 167 000 Pud und Kartoffeln 1 656 100 Pud.

Die Vergrößerung der Ernte dieser Kulturpflanzen ist besonders infolge charakteristisch, als sie sich in einer Zeit entwickelt hat, wo auf Kosten einiger Getreidearten (Roggen und Gerste) sich die Saatfläche der Futterpflanzen vergrößert hat, und zwar von 2 Prozent auf 16 Prozent. Dieser Umstand läßt sich durch die Nützung der landwirtschaftlichen Politik Estlands erklären, bezugsweise die Hauptaufmerksamkeit auf die Entwicklung einer intensiven Wirtschaft der Viehzucht und Milchproduktion gerichtet ist. Infolgedessen hat sich von der zweiten Hälfte des Jahres 1921 ab die Ausfuhr einer großen Menge von Produkten der Viehzucht und der Milchwirtschaft ergeben. In den ersten neun Monaten des Jahres 1922 hat sich, im Vergleich zum selben Zeitabschnitt des Jahres 1921, der Export von landwirtschaftlichen Erzeugnissen prozentual wie folgt vergrößert: Butter um 89,2 Proz., Äste um 192,2 Proz., Schweinefleisch um 89,7 Proz. und Rindfleisch um 138,5 Proz.

Wie hieraus ersichtlich, hat sich der wichtigste Zweig der estländischen Volkswirtschaft — die Viehzucht — im Zusammenhang mit dem Weltkrieg, welche während des Krieges bis auf den letzten Punkt gesunken waren, nicht nur allmählich wieder belebt, sondern auch die größte Bedeutung erlangt. Gleichfalls hat sich auch der Fischbau in den letzten drei Jahren in Estland bedeutend entwickelt, und der estländische Fisch ist auf den ausländischen Märkten sehr gefragt.

Neben der Landwirtschaft hatte auch die estländische Industrie — welche ganz auf den Bedarf des großen russischen Hinterlandes eingestellt war — während des Krieges stark gelitten und infolge mehrerer und gründlicher Evaluierungen den größten Teil seiner Fabriksbetriebe und Maschinen eingebüßt.

Die wenigen im Lande verbliebenen Betriebe waren jedoch infolge Rohstoffmangels sowie des Fehlens eines geeigneten Absatzmarktes fast vollständig lahmgelegt. Besonders stark war hierin die Metall-, die Textil- und die chemische Industrie betroffen. Aber auch die anderen Industriezweige litten aus demselben Grunde. Infolge der Verschleppung der Maschinen nach Rußland fehlte es oft an den notwendigen Maschinen, auch mangelte es sehr an Betriebskapital.

Trotzdem hat es die estländische Industrie verstanden, in kurzer Zeit sich nicht nur wieder aufzubauen, sondern auch die erforderlichen Auslandsmärkte zu erobern.

So erstreckt sich zum Beispiel das Absatzgebiet der estländischen Textilindustrie, die bereits ihre vorkriegszeitliche Produktionshöhe erreicht hat, über Rumänien, Bulgarien, die Türkei, den übrigen Balkan u. a. m. Auch die Papierindustrie ist mit Aufträgen reich versorgt und arbeitet nicht nur für das heimische Rußland, sondern hat auch eine sehr bedeutende Ausfuhr nach Amerika und anderen Ländern zu verzeichnen.

Mit gleichem Erfolge arbeiten und entwickeln sich auch andere Zweige der estländischen Industrie, wie zum Beispiel die Holzindustrie, welche dank den Anforderungen des Auslandsmarktes genötigt war, ihren Betrieb seit dem Herbst 1921 zu erweitern und vervollkommnete Maschinen und Einrichtungen zur Möbel- und Furnierfabrikation anzuschaffen; ferner die chemische Industrie, wo die Färbefabrikation durch den Bedarf des In- und Auslandsmarktes vollständig sichergestellt ist, und die Zementfabrikation, die ihre vorkriegszeitliche Produktionshöhe ebenfalls bereits wieder erreicht hat.

Die estländische Metallindustrie arbeitet hauptsächlich für den Inlandsmarkt. Von den größeren Betrieben waren zu nennen: die Engeström-Baltische Werft, die u. a. den Bau der Narowaschide übernommen hat, die A. G. Franz Krull zur Anfertigung von Turbinenmaschinen u. a., die A. G. „Drigatel“ für den Bau von Aufzügen u. a. (alle in Reval), sowie die Dorpaten Telephonfabrik. Die übrigen Fabriken beschäftigen sich mit Remontierungsarbeiten.

Speziell für den Inlandsmarkt arbeitet vor allen Dingen die Lederindustrie, die eine ganze Menge erhaltlicher Gerbereien und Fabriken für mechanisches Schuhwerk aufzuweisen hat, sowie ein Teil der chemischen Industrie, zur Herstellung von Seifen, Parfüm, Farbe, Lack, Polituren, Leim und verschiedener Parfümerien. All diese Industriezweige haben infolge der guten Kaufkraft der Landbevölkerung einen genügenden Absatz und können gut prosperieren.

Eine ganz besondere Bedeutung im Wirtschaftsleben Estlands besitzt jedoch die bereits erwähnte Brennsteinschieferindustrie, welche in erster Linie in der Destillation gipfelt. Die Vorräte dieses außerordentlich wertvollen Naturproduktes in Estland werden auf fünf Milliarden Tonnen nicht zu hoch eingeschätzt sein. Für den estländischen Brennsteinschiefer beginnt sich das Ausland immer mehr und mehr zu interessieren. Zahlreiche Konzeptionen sind bereits erteilt worden. Neben der Brennsteinschieferindustrie muß auch noch die Textilindustrie sowie die Papiergewinnung (auf der Insel Dagö) erwähnt werden, von der besonders letztere sich recht ansehnlich entwickelt.

Die Entwicklung der Industrieunternehmen in Estland ist auf folgenden Zahlen ersichtlich: 1920: 2690 Betriebe, 1921: 3471 Betriebe und 1922: 4154 Betriebe.

Der seinerzeit herrschende Steinschmiedemangel ist durch die Verwertung des einheimischen hochwertigen Brennsteinschiefers sowie von Torf behoben. Die meisten der estländischen Industriebetriebe sind bereits auf Brennsteinschieferfeuerung übergegangen, die, was die Billigkeit anbelangt, von keinem einzigen anderen Heizmaterial übertroffen wird.

Der Übergang zur ausschließlichen Verwendung (auch auf den estländischen Eisenbahnen) des einheimischen Heizmaterials (Brennsteinschiefer und Torf, unter Schonung der Wälder) muß auf Grund einer Verfügung des betreffenden Regierungsausschusses in Estland schon im Jahre 1923 vollendet sein.

Jetzt zum Handel übergehend, muß festgestellt werden, daß sich ganz besonders der Außenhandel Estlands hervorragend gut entwickelt hat.

Bei einer bedeutenden Steigerung der Einfuhr hat sich der Handelsumsatz in der ersten Hälfte des Jahres 1922 im Vergleich zur ersten Hälfte des Jahres 1921 (8,5 Milliarden Emf.) um 25,8 Prozent vergrößert; die Gesamteinfuhr in der ersten Hälfte des Jahres 1922 (2,1 Milliarden Emf.) fuhr im Vergleich zur ersten Hälfte des vorhergehenden Jahres um 83 Prozent zurückgegangen, die Ausfuhr dagegen (im ersten Halbjahr 1922: 2 114 825 002 Emf., im ersten Halbjahr 1921: 672 096 877 Emf.) ist um 117,5 Prozent gewachsen. Infolge dieser

Verschiebung werden Ein- und Ausfuhrbilanz mit einer Differenz von nur 2,7 Prozent ausgeglichen.

Von größter Wichtigkeit für die Förderung der wirtschaftlichen Stärke des Landes erscheint außer dem Außenhandel auch der Transitverkehr mit Rußland, welcher der Arbeiterschaft größeren Verdienst und dem Staat erhebliche Einnahmen ermöglicht.

Aus dem Transitumsatz zog die estnische Eisenbahnverwaltung in den ersten 9 Monaten 1922 eine Einnahme von 205½ Millionen Emf.

Auch das Anwachsen des Innenhandels in Estland zeigte sich in einer ständigen Zunahme des Eisenbahnverkehrs. Die Gesamtzahl der Handelsunternehmen wie auch ihre Kapitalien haben sich im allgemeinen vergrößert. In den ersten neun Monaten des Jahres 1922 sind 93 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 658½ Millionen Emf. gegründet worden. Auch macht sich ein Zustrom von Ausländern bemerkbar, von denen einige Handelsunternehmen gründen, meist zu Exportzwecken, andere jedoch als Vertreter ausländischer Firmen fungieren.

Trotz der großen Warenvorräte sind die Marktpreise mehr oder weniger stabil.

Mit dem Aufschwung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Estland machte sich auch eine immer stärker werdende Gesundung der Finanzlage bemerkbar. Die Emissionen des Papiergeldes werden geführt, und der Kurs des Estu-Mark ist bereits seit den letzten zwei Jahren als stabil zu betrachten. Die Höhe der Umlaufmittel betrug im Mai 1922: 2870 Millionen Emf., der Kurs des Dollars stand auf 1490 Emf.

Außer der Papierwährung ist jetzt in Estland auch noch die Metallwährung eingeführt worden.

Das Staatsbudget 1923 hält sich mit einer Ausgabe und Einnahme von je 6180 Millionen Emf. die Wage.

Aus Stadt und Land.

Posen, 4. Mai.

Stadtverordnetenversammlung.

Im Mittelpunkt der Mittwochsung der Stadtverordnetenversammlung standen Straßenbahnangelegenheiten. Da zwei wichtige Vorlagen, nämlich die Erhebung einer Übermietungssteuer für Eigentümer, Besitzer und Verwalter von Hotels oder Pensionaten und die Stellungnahme zum Beschluß des Magistrats über die Nichtabgabe von Stadtbauarbeiten u. a. an Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, — wegen Abwesenheit der Berichterstatter nicht zur Erörterung kamen, dauerte die Sitzung, die mit der üblichen dreiviertelstündigen Versäumnung vom stellvertretenden Stadtverordnetenvorsitzer Buggel eröffnet wurde, kaum 45 Minuten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Versammlungsleiter verschiedene Aufschriften, darunter das zurückweisende Urteil des Obersten Verwaltungsgerichtshofs über die Berufung des ehem. Stadtverordneten Czysowski gegen die Ungültigkeitserklärung seines Mandats, ferner ein Schreiben des Kriegsministeriums, in dem erklärt wird, daß die Posener Pionier- und Militär-Ingenieurwerke im Etat des Ministeriums nicht vorgesehen seien und demnach aus organisatorischen Gründen aufgelöst werden sollen.

Stadtv. Budzinski bezieht sich nähere Einsicht in die Angelegenheit vor.

Stadtv. Gabel kritisierte das Fehlen einer Badeanstalt für den Resthof Stadteil.

Vizepräsident Dr. Kiedacz erklärte, daß der Magistrat schon seit langem entsprechende Pläne habe, daß jedoch ihrer Verwirklichung ein noch nicht beigelegter Grundbesitz mit der Universität im Wege stünde.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die

Strompreiserhöhung für die Straßenbahn erörtert. Der 33prozentigen Ermäßigung für die Monate März und April stimmte die Versammlung zu. Die Preiserhöhung für die Monate April und Mai stimmte die Versammlung zu. Die Preiserhöhung für die Monate April und Mai stimmte die Versammlung zu.

Längere Zeit widmeten die Versammelten dem zweiten Punkt der Tagesordnung. Es handelte sich um die

Änderung eines Paragraphen des Straßenbahnvertrages vom 6. und 13. Mai 1913. Vorgelegt wurde, für jede vom Magistrat verschuldete Unterbrechung im Straßenbahnverkehr von mehr als 15 Minuten anfangs der vorgegebenen 20 Pfennig 28, mit einem beweglichen Feuerungsfaktor multipliziert, zu zahlen.

Stadtv. Wallenstein beantragte, der Neuregelung der Entschädigungsleistung provisorischen Charakter zu geben. Stadtv. Grzegorzewicz schlägt eine Erweiterung der Zeiteinheit auf 3 bis 4 Stunden vor.

Der Versammlungsleiter erklärte, daß nach der geplanten Kontraktänderung 1½ Millionen Entschädigung im Falle einer Verkehrsunterbrechung für die Stunde zu zahlen wären, während dieser Summe nur 500 000 M. an Selbstkosten der Straßenbahndirektion gegenüberstünden.

Stadtv. Kowalewski kritisierte bei dieser Gelegenheit Maßnahmen der Straßenbahndirektion. U. a. soll ein langjähriger Angestellter auf Veranlassung des Oberkontrollors der Straßenbahn entlassen worden sein.

Stadtv. Budzinski sekundiert dem Stadtv. Kowalewski zu seinen Vorwürfen und beantragt die Bildung einer Untersuchungskommission.

Stadtv. Blucinski erklärt, daß der Straßenbahndirektor gesagt haben soll, die Straßenbahn könne ohne den Oberkontrollor nicht auskommen.

Stadtv. Dr. Starck beantragt als Zeiteinheit 2 Stunden.

Stadtv. Sieradzki spricht von der Entlassungsstunde der Arbeiter.

Verhältnisse in der Straßenbahndirektion die Stadtv. Sieradzki, Budzinski und Kowalewski gemeldet. Der provisorischen Kontraktänderung wird unter Berücksichtigung der vom Stadtv. Dr. Starck vorgeschlagenen Verbesserung zugestimmt.

Stadtv. Hedinger begründete dann die Erhöhung der Elektrizitätsgebühren auf 3000 M. die Kilowattstunde. Hotels, Restaurants, Kabarette und dergl., sowie Pensionate sollen 50 Proz. mehr bezahlen.

Schließlich wurde ein Zuschuß von einigen Millionen für die Beendigung der Umbauarbeiten in der Schraplaer Vorstadt bewilligt und die Verstärkung verschiedener Titel des Stadtbudgets beschlossen.

Verichtigung.

In dem Bericht über das neue Stempelgesetz auf der 1. Seite unserer Donnerstagsnummer befindet sich eine durch ein unbeabsichtigtes Versehen hineingeratene falsche Zahl. Es muß nicht heißen (fünfte Zeile von unten): „für Schicks eine solche von 100 000 M.“, sondern: „für Schicks eine solche von 100 Mark“. Mit anderen Worten: Der Schicksstempel, der bisher fünf Mark kostete, ist auf hundert Mark erhöht worden.

Die Berechnung der Geldstrafen.

Vielfach wurde in Gerichtskreisen wie auch in der polnischen Presse hervorgehoben, daß das dauernde Sinken der Valuta Geldstrafen, die durch die Gerichte und andere Behörden verhängt werden, problematisch mache. Die vom Gericht festgesetzten Geldstrafen entsprächen nicht dem Zweck, den der Gesetzgeber im Auge hatte; denn die Strafe stellt für den, der sie entrichtet, faktisch keine Buße dar. Das Sinken der Valuta habe es auch bewirkt, daß die Zuständigkeit

der Gerichte verschoben wurde. Gleichzeitig wurde auch die Höhe der Kautionen und verschiedener Gebühren, die in dem Gesetz über die Strafverfolgung festgelegt sind, durch das Sinken der Valuta erniedrigt. Um diesen Mängeln abzuhelfen, hat das Justizministerium einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, nach dem die bisherigen Geldstrafen, sowie sonstige Gebühren aus einer fixierten Handlung, in polnische Gulden umgerechnet werden. Die soll in der Weise geschehen, daß in den über den Kurs der Mark bis zum Ende des Jahres 1919 erlassenen Bestimmungen eine Mark gleich einem Gulden gilt. In den Bestimmungen, die in den Jahren 1920 und 1921 veröffentlicht wurden, gelten 10 Mark für einen Gulden, und in den späteren Vorschriften 1000 Mark für einen Gulden. Der Art. 5 des Gesetzes sieht vor, daß bis zur Zulassung der polnischen Mark aus dem Verkehr der Präsident der Republik auf Antrag des Ministerrats auf dem Wege der Verordnung den Umrrechnungskurs des Zloty auf polnische Mark festsetzen solle.

Das zu erwartende Maiwetter.

Lehrer Paul mit gibt in den „Danz. Neuest. Nachr.“ für die voraussichtliche Gestaltung des Wetters im Mai folgende Voraussage: Der Mai verspricht keine Regenperiode, sondern nur Einzelregen, wird also vornehmlich schön und trocken sein. Das ist eine Prüfung des Mondinflusses auf die Atmosphäre. Depressionen vom Ostmeer her werden im Norden Europas zu Anfang und Ende des Monats vorüberziehen. Es gibt viel kalten Nord- und Ostwind. Erst im letzten Drittel des Monats kommt sommerliche Wärme. Da Pfingsten kurz nach dem Mondhochstand fällt, ist schönes Wetter zu erwarten. Für die einzelnen Mondwechselperioden ist auf folgendes Wetter zu rechnen: 7. Mai, schön, Regn. 15. Mai meist schön. Temperatur ungleich. 23. Mai selten Regen. Temperatur veränderlich. 30. Mai Regen, kühl. Der 7., 13., 20., 27., 31. Mai werden besonders ausgesprochenen Charakters sein.

Auch der Leiter der öffentlichen Wetterdienststelle in Weßburg, Professor Dr. Freybe, sagt in einer Veröffentlichung soeben, daß der kommende Mai voraussichtlich verhältnismäßig kalt sein wird, d. h. kälter als sonst der Mai im langjährigen Durchschnitt zu sein pflegt.

Aufklärung von Einbruchsdiebstählen.

Seit Monaten wurden die Stadtteile St. Lazarus, Sołacz u. a. durch fortgesetzte Einbruchsdiebstähle, bei denen ungemessene Werte gestohlen wurden, heimgesucht. Die Diebstähle wurden fast regelmäßig in den Vormittags- oder Nachmittagsstunden verübt. Die Einbrecherbande operierte in der Weise, daß ein weibliches Mitglied in bester Kleidung sich durch Türen an den Korridoren davon zu überzeugen wußte, ob die Luft rein war. Erschien jemand auf ihr Klingeln, so fragte sie nach irgend einer Person. Andernfalls gab sie den männlichen Mitgliedern der Bande ein Zeichen, daß niemand in der Wohnung anwesend sei, und nun begannen diese ihre Tätigkeit, indem sie die Korridore gewalttätig öffneten und mit Rennerbüchse die Wohnungen um ihre wertvollen Gegenstände, besonders Herren- und Damenkleidung, Wäsche, Gold- und sonstige Schmucksachen erleichterten. Der Wert der gestohlenen Sachen beträgt viele Millionen. Den fortgesetzten Bemühungen unserer Kriminalpolizei ist es dieser Tage gelungen, die Mehrzahl der Diebstahlsbande hinter Schloß und Riegel zu bringen. Es handelt sich um einen Walestan Porak aus Lodz, der unangemeldet im Hause Kanałowa 10 (fr. Kanałstraße) wohnte, und eine Stanisława Perzka, die in Sołacz wohnte. Außerdem wurden noch zwei andere männliche Personen unter dem dringenden Verdacht, an den Diebstählen beteiligt gewesen zu sein, festgenommen. Diese bestreiten jedoch ihre Teilhabe; sie werden auch von den beiden anderen, die sich zu fünf Einbruchsdiebstählen bekennen, bisher nicht belastet; eine Tatsache, die bei dem bekannten Solidaritätsgefühl derartiger Verbrecher nicht weiter überraschen dürfte. Einer der Hauptheiler, der den Einbrechern ihre Einbrecherbeute abzunehmen pflegte, wohnt außerhalb Posens und dürfte inzwischen ebenfalls bereits festgenommen sein. Das große Warenlager der beschlagnahmten Einbrecherbeute, deren berechnigte Eigentümer noch nicht ermittelt sind, kann bei der Kriminalpolizei, Abt. 1, Zimmer 28, beschlagnahmt werden.

Ein anderthalb Milliarden-Diebstahl.

Die hiesige Kriminalpolizei ist heute von derjenigen in Bromberg durch Fernsprecher benachrichtigt worden, daß auf einem Schloß in der Nähe von Bromberg folgende wertvolle Schmucksachen gestohlen wurden: eine goldene Brosche mit sechs Smaragden, eine Brosche mit Türkis und sechs Brillanten, ein Ring mit einem Smaragd und zwei Brillanten, ein Ring mit drei Brillanten, einem gelben, einem rosa und einem weißen, ein Ring mit einer großen Perle, zwei kleine Ringe mit Brillanten, eine Perlenkette mit 92 Perlen, ein Paar Perlenohrringe, eine Brosche mit vieredigen Smaragden. Der Wert der Schmucksachen wird auf 1½ Milliarden angegeben. Vor Anlauf der Schmuckgegenstände wird gewarnt. Die Posener Kriminalpolizei nimmt gern Angaben, die zur Ermittlung der Einbrecher führen können, entgegen.

Abgelehnte Einbürgerung. Anfang dieser Woche erhielten sämtliche Antragsteller aus Thorn, die die polnische Staatsangehörigkeit erwerben wollten, den Bescheid, daß keine günstigen Aussichten dafür vorhanden seien, und daß Optanten keine Einbürgerung erhalten.

Zur gest. Beachtung!

Wir haben in dem Zeitungs-Kiosk der Reklama Polska, die sich im neuen Ausstellungs-Palast befindet, unsere

Verlagswerke

und das „Posener Tageblatt“ (Posener Warte) ausgestellt.

Auch sind dort für Interessenten und Aussteller die neuesten Nummern zur Hand.

Messe-Reklamen u. Anzeigen finden im

„Posener Tageblatt“ wirksamste Verbreitung.

X Stillstand im Manufacturwarenhandel. Im Centralbureau des Vereins der Kaufleute zu Lodz fand eine Versammlung der Manufacturwarenhändler statt, in welcher die Ursachen des augenblicklichen Stillstandes in der Industrie besprochen wurden. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden des Vereins, Herrn Fuks, trat als Redner Herr Glanc auf, der u. a. darauf hinwies, daß eine der empfindlichsten Ursachen des augenblicklichen Stillstandes berartige Vorkommnisse sind, daß die hiesigen Kaufleute den Händlern in der Provinz die Waren um 30 bis 40 Procent billiger verkaufen, um Bargeld zu erhalten, und für das erzielte Bargeld Wechsel ausstellen, für die sie beim Discontiren 10 Mark täglich Wucherzinsen nehmen. Von diesen discontierten Wechseln deden sie ihre Schulden bei den Lieferanten und unterhalten sich nur durch Wucher. Der Redner zeigte, daß ein solches Verhalten einer großen Anzahl Kaufleute den restlichen Kaufleuten eine ernste Konkurrenz bietet, die ihre Schulden nicht

Industrie.

○ Die Lage der tschechoslowakischen Eisenindustrie. Über die Lage der tschechoslowakischen Eisenindustrie berichtet der „Industrie-Kurier“: Um die zahlreich eingehenden Aufträge ausführen zu können, hat die Prager Eisenindustrie-A. G. einen zweiten Hochofen in Tätigkeit gesetzt, ein dritter soll im Mai angeblasen werden; sogar die Philipp Coburgischen Berg- und Hüttenwerke wollen einen Ofen wieder in Betrieb nehmen, während das Walzwerk schon wieder arbeitet. Die Ursache dieser erhöhten Tätigkeit war die Lage von vor 10–14 Tagen. Inzwischen hat diese sich nicht unerheblich geändert. Der Auftragszuwachs aus Deutschland ist recht gering geworden, der aus anderen Ländern hat gleichfalls

Von den Märkten.

Getreide. In Bromberg sind von der Handelskammer für die Zeit vom 25.—28. 4. folgende Preise festgesetzt worden (im 1000 Mth.): Weizen 300—320, Roggen 180—185, Saatgerste 100 bis 105, Branntgerste 105—112, Haferkörben 180—140, Viktoriaerbsen 180—210, Hafer 132—138, Karloffeln 6, Weizenmehl 70 Proz. inf., Sad 330—350, Roggenmehl 70 Proz. inf., Sad 220—230, Weizenkeie 68, Roggenkeie 68. (Die Preise sind Großhandelspreise pro 100 Kilogr. Loth Bromberg).

Verantwortliche: für den ersten Theil: Dr. Wilhelm Doewenthal; für den übrigen hiesigen Theil: Dr. Martin Raiser; für Daniel und Wirsching: Albert Thier; für Seitz und Broschingsleitung: Arnold Herbrechtsmeier; für den übrigen unehelichen Theil: Dr. Wilhelm Doewenthal; für den übrigen Theil: R. Braumann — Druck und Verlag: des Polster Buchdruckerei und Verlagsanstalt P. A. Schmidt in Tilsit.

Dampfdreschjak,
Niedbaum - Gutenberg. Lokomobile Garrett. 5 Atm.. kompl..
steht billig zum Verkauf!
Mar Wambec, Janówiec

Dreifcharige Motorpflüge
50 PS., komplett, fast neu, verkauft
Mar Wambec, Janówiec

Brennholzverkauf soweit Vorrat.
an Bahn lagernd.
300 Km. trockene Eichen-, Buchen-, Kiefer-
Aloben à 60 000 Mk.
150 Km. trockene Eichen-, Buchen-, Kiefer-
Rollen à 40 000 Mk.
pro 1 Km. franks Waggon Sieradow (Ziele)
gegen Kasse bei Bestellung.
Holzhandlung G. Wilke, Poznań, Postfach. Tel. 2131, gegr. 1904.

<p>Kreuzkirche. Sonntag. 10: Gottesd. Pch. — 11: Kindergd. Derf. — Don- nerstag (Himmelfahrt). 10: Gd. u. A. Greulich.</p> <p>Kreuzing. Donnerstag. 3: Gd. u. A. Greulich.</p> <p>St. Petruskirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonn- abend, 6: Wochenschluß.</p>	<p>gottesdienst. Schneider. — Sonntag, 10: Gottesd. Derf. — 11½: Kinder- gottesd. Derf. — Don- nerstag (Himmelfahrt) 10: Gd. u. A. Derf. — Amtswoche: Derf.</p> <p>St. Paulikirche. Sonn- tag, 10: Gd. Stuhlmann. — 11½: Kindergd. Derf. — Donnerstag (Him- melfahrt), 10: D. Staemmler.</p>	<p>11½: B. u. A. Derf. — Amtswoche: Stuhlmann.</p> <p>Ev. luth. Kirche (Ogro- dowa 6). Sonntag, vorm. 9 Uhr: Predigtgottesdienst Hoffmann. — 11 Uhr: Kinder- gottesdienst derselbe.</p> <p>St. Lukaskirche. Sonn- tag, 10: Predigt. Bächner. B. u. A. Derf. — 12: Kgd. Derf. — Donnerstag</p>	<p>(Himmelfahrt). 10: Predigt, B. u. A. Derf.</p> <p>Christuskirche. Sonntag (Vogau), 6. Mai. 10 Uhr: Gottesdienst. Rhode, danach Kindergottesd. — Dienstag, 4½ Uhr: Monatsversamm. d. Frauenhilfe. — Donnerstag (Himmelf.), 10 Uhr: Gottesd. Rhode, danach Feier des heiligen Abendmahls.</p> <p>St. Matthäi-Kirche. Sonn-</p>	<p>tag, 9: B. u. A., — 10: Gottesd. Brummad. — 11½ Kgd. derf. — Donnerstag Himmelfahrt, 10: Gottesd. Rand. Rebenhäuser. — Frei- tag: 8: Bibelst. Brummad.</p> <p>Cassenheim. Donnerstag (Himmelfahrt) 10: Festgottes- dienst mit Chorgesang. — 11½ B. u. A. — 3½ Heimatsfest im Walde 7 Ausklang in der Kirche.</p>	<p>Ev. Verein junger Männer. Sonntag, 5: Musik, Sam- abend. Gäste willkommen. Montag 7: Polen. 8: Blasen — Mittwoch, 7: Bibelst. 8: Besprechungsab. — Don- nerstag, Himmelfest. Sonn- tagausflug nach Wodowo. — Dienstag, nach der Schleibede. — Sonnabend, 7½ Synographie. — 9: B. Sagl. Ausb.</p> <p>Kapelle der Diakonissen. Unität. Sonntag, 8: Wochenschluß. B. Marow.</p>	<p>Sonntag, 10: Gd. Derf. Himmelfahrtst. 10: Gottes- dienst. P. Carow.</p> <p>Methodisten - Mission, ul. Starbowa 1. I. (in. Suijenskr.) Täglich: 7 Evangelisations- stunden um 7 Uhr in poln. Sprache. — Freitag in deutscher Sprache. — Son- tag, 12: Gottesd. in eng- lisch. — 4: in poln. Spr. — 8: Jugendbund in deutscher Spr. — 7½: Evangelisations- stunden in deutscher Sprache.</p>
--	--	--	---	---	--	---

Fernsprecher 3612

Telegr.-Adresse: Mecentra.

Mecentra

Maschinen-Zentrale des Verbandes landw. Genossenschaften in Großpolen
T. z o. p.,

Poznań, ul. Zwierzyniecka 13,

[6920]

eigene Maschinenfabrik mit Eisengießerei, Kesselschmiede und Walzenriffel-Anstalt
in Międzychód.

Spezialbau: Glattstrohbrettdreschmaschinen in Eisengestell nach System Jaehne, Landsberg
Häckselmaschinen für Hand-, Göpel- und Kraftbetrieb, Oelgewinnungsanlagen
Rübenschneider für Kraftbetrieb, Kreissägen, Göpel, Eggen.

Grösstes Lager in

sämtlichen anderen landwirtschaftl. Maschinen und Ackergeräten,
Ersatzteilen, Oelen, Fetten, Benzin, Baumaterialien.

Beachten Sie unser Ausstellungslager auf der Mustermesse im Oberschlesischen Turm.

- Ich berufe auf den
- 5. Mai, nachm. 4 1/2 Uhr, in Adelnau (im ehemaligen Vereinsbause),
 - 5. Mai, 8 1/2 Uhr abends, in Suszenhammer (im Gasthause Fint),
 - 6. Mai, 12 Uhr mittags, in Reichthal (bei Marz),
 - 6. Mai, 3 Uhr nachm., in Berlin (bei Kemper)

Verfammlungen,

in denen ich über die Tätigkeit im Sejm Bericht erstatten werde. Alle deutschen Wähler sind zu diesen Verfammlungen eingeladen.

Morig, Sejm-Abgeordneter.

Holzverkauf

Am Freitag, dem 11. Mai sollen 30 fm. Aesern III.-IV. Kl., 20 rm. Erlenrollen, Aesern-Aloben, Knüppel, Reisig- und Stangenhausen meistbietend verkauft werden.

Verfammlungen vorm. 10 Uhr bei den Baraden.

Die Forstverwaltung Bierzonka.
Gerlach.

Wagen- und Karosseriefabrik

Poznań **Sowa** Tel. 3670
Rybaki 4/6

stellt auf der Posener Messe im Oberschl. Turm aus.

Erstklassiges Magazin fertiger

Luxus-Ausswagen.

Reparaturen schnell und preiswert.

Zimmermann's Hallenis-Drillmaschinen

sind die einfachsten.

Stabilste Bauart, daher die besten für jeden rechnenden Landwirt. Allein-Vertretung für Großpolen, Polen, Pommerellen (Westpr.)

Sofort ab Lager lieferbar von 1 1/2 bis 3 Meter.

Sämtliche andere Größen schnellstens lieferbar.

Karl Mielke, Chodzież (Kolmar)

Maschinenfabrik u. Eisengießerei.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Parte)
für den Monat Mai 1923

Name

Wohnort

Postanstalt

Straße

Holländische Pflanzenbutter (Margarine)



bleibt



das beste zum Kochen, Backen, Braten
und als Brotaufstrich!

(613)

Fabrikniederlage: Jan Kajewski, Poznań, ul. 27. Grudnia 5. Tel.: 2545.
Auf dem Targ Poznański: plac Prez. Drwskiego, Saal 6, Nr. 1884.

Den Herren Ausstellern, Fabrikanten und Besuchern
der dritten Posener Mustermesse empfehlen wir unsere



graphische Kunstanstalt

zur Besichtigung.

Wir fertigen Buchdrucksachen von kleinster
bis zu größter Auflage, vom einfachsten bis zum elegantesten Genre.
Ebenso empfehlen wir unsere

Lithographische Anstalt

zur Anfertigung von Diplomen, Etiketten usw.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T.

(vorm. Ostdeutsche, früh. Merzbach'sche Buchdruckerei)
Poznań, ul. Zwierzyniecka (früh. Tiergartenstraße) 6.

Küchen-Möbel!

Mehrere Küchen-Einrichtungen, weiß und grau, mit Emaille lackiert, sowie zwei gebrauchte

Eisschränke

stehen preiswert z. Verkauf bei
S. Koniecki,
ulica Piaszkowa 3,
Hof, Fabrikgebäude, 3 Treppen.

Mitrostop

für Kleinfischbänke
sehr gut erhalten und voll ge-
brauchsfähig, preiswert zu
verkaufen. Zu erfragen in
der Geschäftsstelle dies. Blattes.

Wir bieten antiquarisch
in gutem Zustande zum Kauf
an:

Prosper-Mérimé, Colomba
Sterne Tristram Shandy,
Der arme Dorid, geb. (1713
bis 1768).

Lambrecht, Die eiserne
Freude, Roman, geb.

Areher, Die Schhinz in
Trauer, geb.

Sandt, Cavete. Eine Ge-
schichte, über deren Bizarre-
reien man nicht ihre Drohun-
gen vergessen soll, geb.

De Quens-Wilson, Inba-
tion von 1910. Einfall der
Deutschen in England, geb.

Kohde, Der von Biemarck
Ein Jugendbuch, geb.

G. C. J. Schulz, Natur-
Urkunden. Pflanzen, geb.

Posener Buchdruckerei u.
Verlagsanstalt T. A.
Abt. Versandbuchhandl.
Poznań.

Korsetts Hüftenhalter Büstenhalter

in größter Auswahl
empfiehlt

Spezial-Korsettgeschäft

S. & W. Kaczmarek
Poznań
ul. 27. Grudnia 20.

Möbeltagen

auch außerhalb prompt und
gewissenhaft führt aus Mag
Bernhardini, Möbelhändler,
Alte Marcinkowskiego 3b.

Die Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt
T. A., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, Abteilg.:
Verband-Buchhandlung

liefert jetzt direkt an die Besteller folgende
Werke und Zeitschriften:

Stegemann, Die als Opfer fallen. Roman.

Stegemann, Der gefesselte Strom. Roman.

Dr. Soeder, Das Holzwerk des Kleinhauses auf
wirtschaftlicher Grundlage.

Ammon, Glückliche Spekulationen.

Nordheim, Sagen aus Stadt- und Landkreis Egnitz.

Dr. Clemen, Die Mytil nach Wesen, Entwicklung
und Bedeutung.

Ohwald, Tierbilder-Malbuch.

Kombach, Über Berg und Tal. Landschaftsmalbuch.

Mateescu, Erdkunde Rumäniens.

Dr. Schneider, Gesundheitslehre und Haushaltungs-
kunde. Mit 52 Abbildungen im Text.

Dr. Krause, Die Sternwelt. Mit 55 Abbildungen
im Text.

Ackermann, Erfülltes Sehnen. Roman.

Eckermann, Gespräche mit Goethe in den letzten
Jahren seines Lebens.

Bürigen, Die Geflügelzucht.

Hollrung, Die Mittel zur Bekämpfung der Pflanzen-
krankheiten.

Lehnick, Währung und Wirtschaft in Polen, Esten
Lettland und Litauen.

Sterneder, Der Sonnenbruder. Roman.

Sorel, Die Jagd durch das Jenseits. Roman.

Zeitschriften:

Die Woche. — Daheim. — Velhagen und
Klasing's und Westermann's Monatshefte. —

Europäische Modenzeitung. — Für's Haus. —

Deutsche Jägerzeitung. — Die Gartenlaube. —

Der Bazar (Frauen-Modellblatt). — Dobachs Frauen-
und Modenzeitung. — Elegante Mode (Leipzig).

Sämtliche Bestellungen,

auch solche von hier nicht angezeigten Büchern,
Zeitschriften und Musikalien bitten wir

direkt an uns

zu senden!

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

gegen höchstgebot zu verkaufen. — Offerten unter

W. 6938 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Eckert Ernte-
Maschinen

Lanz Zentrifugen

sind
jahrzehntelang
erprobte Fabrikate!
Sie bleiben unüber-
troffen, beliebt und
bevorzugt in allen
Teilen der Welt.

Hackmaschinen

Bauart Dehne
in technisch
vollendeten
Ausführungen
und

Pfanzloch-Masch.

System Sarrazin

Fabrikate

Kuhl u. Lippitz, Janer

ab Lager Poznań

beim

Generalvertreter

in Polen



Ing. H. Jan Markowski

Grosshandlung

landw. Maschinen,

Poznań

Mielżyńskiego 33.

Telephon 52-43.

Teppuppen u. Lampen-
schirme jeder Art

werden sauber u. billig ange-
fertigt Dabrowskiego 86 III.